

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

42. Jahrg.

Leipzig, Sonnabend den 1. Oktober 1904.

N^o 114.

Aufruf an die Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker!

Kollegen! Ein Jahr ist im Zeitströme dahingerauscht, seit die Trauerkunde durch die deutsche und ausländische Kollegenschaft ging: Richard Härtel, der Gründer und langjährige Vorsitzende des Deutschen Buchdruckerverbandes ist tot! Mit dieser Trauernachricht lebte bei den alten Mitgliedern die Erinnerung an jene Zeit wieder auf, in welcher die deutschen Buchdrucker um die Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, um das Mitbestimmungsrecht bei Festsetzung derselben zu kämpfen begannen. Und die Erinnerung an das, was war, und der Vergleich mit dem, was heute ist, ließ gewiß alle jene Mitglieder, welche die Gründungs-, Sturm- und Drangperiode der Organisation mit durchgekämpft, doppelt dankbar desjenigen Mannes gedenken, der zur Ruhe ging, nachdem er jahrzehntelang der Kollegenschaft die Notwendigkeit der Organisation, des solidarischen Handelns, in Wort und Schrift rastlos und unerschrocken zu Gemüte geführt, bis die Organisation das war, was sie heute ist — nicht allein die anerkannte Vertreterin unsrer Berufsgenossen bei den **gemeinsam** mit den Arbeitgebern festzusetzenden Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern auch für ihre Mitglieder der Schutz und Schirm in den Nöten des Lebens! Reich an Mühe und Arbeit war das Leben Härtels, immer kleiner wird die Zahl derer, welche aus eigener Anschauung und Erfahrung die von ihm geleistete organisatorische und agitatorische Arbeit richtig zu bewerten in der Lage sind, denn dank jener Arbeit ist der Gedanke der Notwendigkeit der Organisation den Mitgliedern in Fleisch und Blut übergegangen und diese wird als etwas Gegebenes und Selbstverständliches betrachtet.

Kollegen! Nicht immer war es so, und in dankbarem Gedenken der Verdienste Härtels um die gesamten deutschen Buchdrucker faßte eine Versammlung des Vereins Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießer-Gehilfen (Gau Leipzig) den Beschluß, im Vereine mit der gesamten deutschen Kollegenschaft dem Gründer und ersten Vorsitzenden des Verbandes der Deutschen Buchdrucker ein feiner Verdienste wie auch der Organisation würdiges Grabdenkmal zu errichten.

Kollegen! Hunderte von Denkmälern zur Verherrlichung von Kriegstaten und Schlachten haben wir in Deutschland, aber wenn je das Wort Johann Jacobys: „Die Gründung auch des kleinsten Arbeitervereins ist für den künftigen Kulturhistoriker von größerer Bedeutung als die Schlacht von Sedowa“, als berechtigt anerkannt werden muß, dann war eine solche Tat die Gründung unsrer Organisation und ihrem Gründer und langjährigen Leiter ein würdiges Grabdenkmal zu setzen ist nicht allein eine Ehrenpflicht, sondern auch eine Pflicht der Dankbarkeit. Erfüllt aber dieses Grabdenkmal den weiteren Zweck, eine Mahnung zu sein an die Kollegen, einig und treu zusammenzustehen in den Fährnissen des Lebens, dann wird es auch dem bescheidenen Sinne des Verstorbenen entsprechen, der bis an sein Lebensende war: **ein Hohn des arbeitenden Volkes, ein uneigennütziger Agitator und Organisator desselben!**

Leipzig, den 26. September 1904.

Die Kommission zur Errichtung eines Grabdenkmals für Richard Härtel.

Oskar Ackermann. Karl Engelbrecht. Heinrich Franke. Wilhelm Mitschke. Adolf Wogenitz.

P. S. Den verehrlichen Gauvorständen geht alles nähere auf dem Zirkularwege zu. D. D.

Einige Bemerkungen

zu der abgeänderten und verbesserten Geschäftsordnung für die Arbeitsnachweise möchten wir uns gestatten. Leider konnten wir infolge technischer Schwierigkeiten dies nicht im Anschlusse an die in letzter Nummer veröffentlichte Geschäftsordnung tun. Die in derselben getroffenen Neuerungen und Verbesserungen haben zur Ursache das Resultat einer vom Tarif-Amt gepflogenen Erhebung, „die zur Feststellung der Zweckmäßigkeit der 1901 beschlossenen Geschäftsordnung bei den Verwaltern sämtlicher Nachweise veranstaltet worden war“. Vom Tarif-Ausschusse beauftragt, hat dann das Tarif-Amt auf Grund des gewonnenen Materials die neue Geschäftsordnung erlassen unter gleichzeitiger einstimmiger Sanktion durch die Mitglieder des Tarif-Ausschusses.

Man kann von der neuen Geschäftsordnung sagen, daß sie praktisch und ideell einen Fortschritt in der Behandlung der wichtigen Frage des Arbeits-

nachweises bedeutet. Sie war immer die schwierigste in unsrer ganzen tariflichen Arbeit — weil die komplizierteste. Hat es doch Jahre gedauert, bis überhaupt die paritätischen Arbeitsnachweise zur Tatsache geworden waren. Auf keinem Gebiete hatte sich bis jetzt die deutsche Gewerkschaftsbewegung bestimmter ausgesprochen und auf keinem war sie zu größerem Entgegenkommen durch die Macht der Verhältnisse gedrängt worden. Noch 1899 auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongresse suchte man die totale Ablehnung jedweder paritätischen Arbeitsvermittlung zu retten, für welche wir — laut Protokoll — entschieden eintraten. Speziell in unserm Berufe war der Arbeitsnachweis einmal zu einem mächtigen Kampfmittel gestempelt worden, und zwar in Leipzig. Das tarifliche Nebeneinanderleben und Nebeneinanderarbeiten ergab von selbst aber die Zuangriffnahme und endgültige Lösung dieser Frage, wie dies bei den Tarifberatungen im Jahre 1901 geschah. Leider werden bei der Beurteilung unsrer paritätischen Arbeitsnachweise nicht

immer die großen Gesichtspunkte in den Vordergrund geschoben, von denen aus eine so weittragende Einrichtung zu prüfen ist. Dies wollen wir nur nebenbei bemerken, weil vielfach eine Unzufriedenheit mit unseren Arbeitsnachweisen hervortritt, der meist ein gerechter Resonanzboden fehlt, wenn wir die generelle und wirtschaftliche Gesamtlage ins Auge fassen.

Was die paritätischen Arbeitsnachweise bisher in Buchdruckgewerbe geleistet und was sie unterlassen haben, daran partizipieren beide Teile in gleichem Maße. Und es ist weder dem Tarif-Ausschusse noch dem Tarif-Amt entgangen, daß eine praktischere Ausgestaltung der Geschäftsordnung das belebende Axiom für die Sache selbst sein muß. Wenn wir daher die getroffenen Abänderungen in der Geschäftsordnung vorurteillos betrachten, so ist zu sagen, daß nach Lage der Entwicklung mehr nicht in praktischer Beziehung beschloffen werden konnte, denn alle derartigen Beschlüsse sind in erster Linie auf ihre Durchführbarkeit zu prüfen. Das

scheint auch bei der neuen Geschäftsordnung wohlwogener worden zu sein. Der neue § 2 in Verbindung mit § 12 geben die Gewähr, daß bei beiderseitiger aufmerksamer Beobachtung dieser Vorschriften die Arbeitsvermittlung in Fluß gebracht werden kann, und daß sie nicht nur der Vermittlung von Arbeitskräften, sondern auch der zweckmäßigen Verteilung derselben und der Erforschung des gewerblichen Arbeitsmarktes selbst dient. Es kann eben nicht genügen, den guten Willen zu haben, Arbeitslose unterbringen zu wollen, wenn man dabei verabsäumt, der Politik der offenen Tür Rechnung zu tragen; mit anderen Worten: nicht Vorsorge trifft, daß ein Zueinandergreifen der Arbeitsnachweise durch Zentralstellen der Kreise und dann der Reichszentrale stattfinden kann. Darum ist die gegebene Einteilung des Wirkungsbereiches jedes einzelnen Arbeitsnachweises und die weitergehende Vermittlung von Arbeitskräften durch die Zentralstelle des Kreises bei gleichzeitiger genauer wöchentlichlicher Berichterstattung an das Tarif-Amt und des von diesem zu schaffenden Ausgleiches zwischen Angebot und Nachfrage im ganzen Reiche ein begrüßenswerter Gedanke, der allerdings der Praxis in der Arbeitsvermittlung zu danken ist. Darin liegt eben mit die gesunde tarifliche Entwicklung im Gewerbe begründet, daß ein fortwährendes Arbeiten, ein Suchen und Probieren, ein Prüfen und Konzentrieren der Kräfte auf ein bestimmtes gegenwärtiges Ziel nach einer gewissen Zeit alle Hindernisse auch überwindet. Die vorstehend erwähnten Bestimmungen werden nach und nach zu größerer praktischer Geltung gelangen, wenn eine weitere neue Bestimmung von Gehilfen Seite streng beachtet wird, die da lautet: „Die Anmeldung der Arbeitslosen darf nur bei einem Arbeitsnachweise erfolgen, und zwar in seinem Konditionsorte bzw. bei demjenigen Arbeitsnachweise, der seinem letzten Konditionsorte zunächst gelegen ist.“ Will man nicht das wirkliche Bild des Arbeitsmarktes störend beeinflussen oder täuschen, muß diese Bestimmung genaueste Beachtung finden, dadurch wird auch die Arbeitsvermittlung selbst in wünschenswertem Maße für die Gehilfenschaft erleichtert.

Die Arbeitsvermittlung soll nicht nur „tunlichst“, sondern bis auf weiteres überhaupt kostenlos sein, womit wohl gesagt ist, daß für die Zukunft diese Kostenlosigkeit beibehalten wird. — Eine Erleichterung für die Arbeitslosen bedeutet es, daß bei Konditionsangeboten von Firmen derjenigen Orte, an denen ein Nachweis nicht besteht, und die Kondition nach vorheriger Angabe weniger als vier Wochen dauert, die am Nachweise vorgemerkten Gehilfen nur dann zur Annahme der Stellung verpflichtet sind, wenn der betreffende Prinzipal die Rückerstattung der Hälfte der vorauslagten Fahrgeelder übernimmt. Damit ergibt sich aber auch für unverheiratete Gehilfen die neu aufgenommene Verpflichtung, „auch Stellungen nach auswärts anzunehmen, sobald dieselben noch im Bezirke des betreffenden Arbeitsnachweises liegen.“ Daß überhaupt eine derartige Bestimmung getroffen werden mußte, ist bezeichnend und bedauerlich. Wie können die Arbeitsnachweise ihre Aufgabe erfüllen, wenn sie bei der Nachfrage nach Arbeitskräften infolge der Weigerung von Gehilfen, nach auswärts zu gehen, einfach die Arbeitsvermittlung einstellen müssen! Was nützen da die schönen Bestimmungen von einer Zentralstelle des Kreises, die über die einzelnen Arbeitsnachweise hinaus den ganzen Kreis mit Arbeitskräften versorgen will, von dem Tarif-Amt, welches nach Prüfung der wöchentlichen Kontrollkarten für die Unterbringung von Arbeitslosen ebenfalls tätig sein will, wenn der passive und aktive Widerstand dem besten Willen und Wollen der Arbeitsnachweise entgegenarbeitet! Hinterher kommt man aber mit einem Bündel Beschwerden und jammert, daß die Arbeitsnachweise die in sie gesetzten Hoffnungen nicht verwirklicht haben.

Eins der schwierigsten Kapitel für die Arbeitsnachweise ist zurzeit noch die Unterbringung von reisenden Arbeitslosen. In den §§ 16 und 20 der Geschäftsordnung ist diesem Umstande nach

Möglichkeit Rechnung getragen worden. So lange das Reisen besteht, wird für die Unterbringung der Reisenden wohl nie eine ganz befriedigende Lösung gefunden werden können. Da aber nun die Reisenden vom zuständigen Arbeitsnachweise eine Reisekarte erhalten und sie bei der Zureise an irgend einem Orte, wo ein Arbeitsnachweis besteht, zur Anmeldung berechtigt sind und für ihre Eintragung in die Arbeitslosenliste der Tag des Beginnes der Arbeitslosigkeit maßgebend ist, ferner in den größeren Städten den Reisenden ein mehrtägiger Aufenthalt „für das Konditionssuchen“ zugestanden ist — wenigstens seitens des Verbandes —, so liegt es auf der Hand, daß damit nach Lage der Sache nimmehr auch den Reisenden eher die Möglichkeit gegeben ist, irgendwo unterzukommen. Kann dies aber immer noch nicht in dem von den Reisenden gewünschten Umfange geschehen, so tragen hienan sicherlich die Arbeitsnachweise keine Schuld.

Bezüglich der Unterbringung gemäßregelter Gehilfen ist eine Erweiterung dahingehend beschlossen worden, daß außer der Reihe und zwar in erster Linie auch solche Gehilfen untergebracht werden dürfen, denen diese Vergünstigung unter Zustimmung der beiden Kreisvertreter durch die Schiedsgerichte auf ergangenen Klagenantrag zugesprochen worden ist. Es ist dieser Beschluß nur eine präzisere Fassung einer bereits bestandenen Bestimmung (siehe Note 251 im Tarifkommentare, 3. Absatz).

Vielfach ist bisher beklagt worden, daß leider nur zu oft die Gehilfen die Anmeldung beim Arbeitsnachweise unterlassen, wenn sie bereits anderweitig Kondition erhalten haben. Dadurch wird den Arbeitsnachweisverwaltern unnötige Arbeit gemacht und die Arbeitsvermittlung ganz bedeutend erschwert. Nimmehr ist in dieser Beziehung insofern Abhilfe geschaffen worden, daß jeder Arbeitslose spätestens innerhalb 14 Tagen der Dauer seiner Arbeitslosigkeit von neuem die Anmeldung beim Nachweise unter Vorzeigung seiner Kontrollkarte zu bewirken hat; unterläßt er dies, erfolgt Streichung aus der Liste der Arbeitslosen. Die nicht am Sitze eines Nachweises wohnenden Arbeitslosen haben bei dieser Anmeldung nur die Nummer ihrer Kontrollkarte anzugeben. Wir wünschen, daß in ihrem eignen Interesse die Kollegen dieser Bestimmung gewissenhaft nachkommen möchten.

Tragen ohne weiteres schon die Arbeitsnachweise zur Tarifdurchführung mit bei, so im besonderen die Bestimmung, daß nur tariftreue Gehilfen in tariftreue Druckereien vermittelt werden dürfen. Dieser Bestimmung ist nun eine neue angeschlossen worden, welche die bisherige Fassung recht glücklich kommentiert und erhärtet. Es heißt nämlich jetzt außerdem noch: „Sowohl bei mündlicher als bei schriftlicher Anmeldung ist der Nachweis zu erbringen, daß die letzte Stellung eine tariftreue war.“ Das bedeutet eine straffere Handhabung der gewerblichen Gesetzgebung und bedarf es nur einer entsprechenden Tätigkeit der mit der Kontrolle der Arbeitsnachweise ebenfalls betrauten tariflichen Funktionäre aus dem Gehilfenlager nebst tatkräftiger Unterstützung derselben seitens der Kollegen, um besagte Bestimmung zugunsten des Tarifes und der tariftreuen Gehilfenschaft in die Praxis umzusetzen.

Wir möchten nochmals dringend erfordern, gemäß ihrer hohen Bedeutung für die Ausbreitung des Tarifes und damit für unsere materiellen Interessen den Arbeitsnachweisen die größtmögliche Unterstützung zuteil werden zu lassen. Durch die neue Bestimmung der Geschäftsordnung: „Jede tariftreue Firma hat sich bei Bedarf von Arbeitskräften nur an den nächstgelegenen Arbeitsnachweis zu wenden, sofern Spezialkräfte nicht in Betracht kommen“, hat die Arbeitsvermittlung gleichsam einen hörbaren Ruck nach vorwärts getan, sie ist jetzt in dem Fahrwasser, wohin sie gehört, und man mache nicht die Prinzipalität verantwortlich, wenn in all den für uns so wichtigen Lebensfragen die Arbeitsnachweise nicht funktionieren sollten. Hic Rhodus, hic salta!

Alles in allem bedeutet die neue Geschäftsordnung für die Arbeitsnachweise einen für die breite Öffentlichkeit nicht besonders augenfälligen, aber für unser tarifliches Werk um so wichtigeren Fortschritt. Eine Reihe von Klagen und Beschwerden, die im Laufe der Zeit über diese Institution erhoben worden sind, lagen ja allerdings in der Hauptsache in dem Mangel hinreichender Erfahrungen auf diesem Gebiete begründet, aber so weit heute schon mögliche Abhilfe geschaffen werden konnte, ist dies mit der neuen Geschäftsordnung für die Arbeitsnachweise geschehen. Unserem rührigen Tarif-Amt gebührt dabei nicht der kleinste Teil des Verdienstes. Die Kollegenchaft aber möge zu ihrem Teile die neueren Verbesserungen nicht nur anerkennen, sondern auch durch peinliche Beachtung der einzelnen Bestimmungen die so wichtige Einrichtung der Arbeitsnachweise fördern.

Aus dem Bezirke Zeitz.

Selten nur werden die Spalten des „Sorr.“ aus dem Bezirke Zeitz in Anspruch genommen, und zwar aus dem Grunde, weil unser Wirken für Verband und Tarif die gewünschten erfreulichen Fortschritte und Erfolge zeitigt. Dies ist um so höher zu bewerten, als gerade in unserm Bezirke dieses Wirken sehr erschwert wird durch Verbands- und Tarifgegner aus dem Prinzipals- als auch Gehilfenlager, namentlich aber durch den sehr stark vertretenen Gutenbergs-Bund. Wie aber überall der Geist der Zeit über diese Nachorganisation hinwegsetzt, sie unerbittlich und immer tiefer in den Sumpf tritt, so geht es auch im Bezirke Zeitz unaufhaltsam vorwärts. Hierbei machen wir erfreulicherweise die Wahrnehmung, daß viele Gutenbergs-Bündler teils aus eigener Kraft oder auch durch unsere kollegiale Hilfe sich aufrufen, um nicht niederzutreten zu werden; das ist aber bitter, sehr bitter für die, welche keine Möglichkeit sehen, diesem Sumpfe zu entrinnen, sondern dazu verdammt sind, in ihm unterzugehen. Daß es hierbei ohne jämmerliches Geschrei nicht abgeht, beweisen ja sämtliche Nummern des „Organs der Nichtverbandsgehilfen Deutschlands“, des „Typograph“. Auch aus unserm Bezirke (aus Weissenfels) ertönt in Nr. 38 des „Typ.“ ein solcher Verzweiflungsruf und unwillkürlich wenden wir uns nach dem Schreiernden um. Ach, y., ein uns schon von früher bekannter alter Sünder wimmert hinter uns her!

Es ist nicht meine Absicht, mich mit den persönlichen Anzuspaltungen (y. würde sagen „Sauce, aus der der pure Mergel herausblüht“) zu befassen; nur kurz will ich, bevor ich auf den Hauptzweck dieses Berichtes eingehe, die Dessenliche Buchdruckerverammlung in Weissenfels, die es y. angetan zu haben scheint und uns unvorgezählt bleiben wird, streifen. Die Bündler kamen in diese Versammlung in Stärke von 28 Mann — also alle — mit der ausgesprochenen Absicht, unsern noch 16 Mann starken Ortsverein Weissenfels eins auszuwischen. Freilich zeigte sich den schon frohlockenden Bundesgrößen ein ganz anderes als das erwartete Bild und mit Mühe und Not suchten sie ihr auseinandergebrängtes Häuflein zusammenzubehalten; meßmalis machten sie verzweifelte Besuche, auszurücken, doch die Weissenfeler Bundeskollegen schienen ihren Führern nicht folgen zu wollen, waren doch die meisten von ihnen an dem Abende zum erstenmale in einer Buchdruckerverammlung, und wohl oder übel mußten y. u. Genossen standhalten. Auf einmal, es war nach dem vorzüglichen Meferate unsers Kollegen Eichler-Beipzig, ließ das kleine y. sein gewaltiges Geisteslicht aufflammen und alles war gelendet. Ein richtiger Grund zum Ausrücken war gefunden; die Bündler, Mann für Mann, verließen den Saal, hinterher trippelte y. und schloß sorgfältig die Tür von draußen — wir waren allein mit dem Bewußtsein, einen vergnügten Abend wie lange nicht gehabt zu haben.

Doch die Folgen dieser Versammlung wie überhaupt des Wirrens der Verbandskollegen blieben nicht aus. Die denkenden Bündler wurden schwankend. Der y. belügt einfach die Leser des „Typ.“, wenn er erzählt, „daß in Weissenfels nichts zu holen ist.“ Es mußte im Weissenfeler Bundesortvereine Bierabend auf Bierabend arrangiert werden, damit ja keines der Mitglieder verloren ging. An diesen Abenden wurden nur Märchen erzählt und zwar über unsern Verband; die Bundeskollegen, welche diese Märchen nicht glaubten, wurden extra mit Bier traktiert. Diese östernen Bierfeste kosteten zwar schweres Geld, wenn sie ihre Wirkung nicht verfehlen sollten, aber der Gutenbergs-Bund ist ja in der glücklichen Lage, große Summen für „Aufklärung und Agitation“ auszuwerfen zu können; ist er's nicht, nun, so wird man auch nicht verlegen, wie ich weiter unten beweisen werde. Jeder Kollege, der sich noch um anderes kümmert, als diese Bierfeste zu besuchen und den „Typ.“ zu lesen, kommt bald zu der Ueberzeugung, daß seines Lebens als Buchdrucker in der „Organisation“ Gutenbergs-Bund nicht sein kann. So meldete sich auch vor einigen Wochen wieder ein Kollege, der über 300 Wochen in den Bund gefeuert hatte, am Anfange der Woche, als er den Betrag für die letztere noch entrichtet, vorschriftsmäßig

ab, nachdem er ganze 15 Mk. für einen in diesem Frühjahr vollzogenen Umzug von Zeitz nach Weissenfels jetzt erst erhalten hatte; dies war in andrer Zeit seiner sechs-jährigen Mitgliedschaft gewiß nicht zu viel. Auf eine Anfrage nach dem Grunde seines Austrittes reagierte er nicht, war er doch froh, aus dieser Gesellschaft ausge-schieden zu sein; wohl aber verlangte er das Austritts-buch, dessen Eigentümer er unfeinlich ist. Auch melbete er sich in den Verband an, wo er, da kein Streik-brecher ist, anstandslos aufgenommen wurde. Bald darauf erhielt er aus der Geheimkanzlei des Weissenfeler Bundesratsvereins ein Schreiben folgenden Wortlautes:

„Antwortlich Ihres Briefes vom 24. d. M. wollen Sie gefälligst erst Ihren restlichen Beitrag (Woch! D. B.) von einer Woche = 90 Pfg. an mich ent-richten, dann lasse ich darüber weiter verhandeln. An-schließend hieran habe ich bezüglich Ihres Austrittes folgendes zu bemerken: Ihre ganze Handlungsweise läßt sich mit der eines Ehrenmannes schlecht verein-baren; Sie lassen sich erst durch uns in eine Kon-dition (abermals Woch! D. B.) bringen, bekommen dann Entschädigung für den Umzug zugebilligt und treten zum Verbands über. Wie nennt man das? . . . Ich erlaube Sie nun, die Ihnen ausgegabte Extra-Unterstützung (also die Unterstüßungen des Bundes sind Extra-Unterstützungen!) bis zum 30. September d. J. an mich wieder abzuführen (Sie können die 15 Mark auch in Raten abtragen), andernfalls ich weitere Maß-regeln ergreifen werde. Aug. Kofchy, Verwalter des Ortsvereins Weissenfels d. S. B.“

Es erübrigt sich wohl, dieses Schreiben zu kommen-tieren; es spricht für sich. Nur gespannt sind wir auf die weiteren Maßregeln nach dem 30. September. Und wünschen wollen wir, daß der Verwalter v noch recht lange in seinem Amte bleibe, wenigstens so lange es noch etwas zu verwalten gibt; sein genialer Geist arbeitet uns nach Wunsch. Oben wiedergegebenes Schreiben und der Umstand, daß dem betreffenden Kollegen als Bundesmitglied schon in Zeitz die Unterstüßung widerrechtlich entzogen wurde, wird seine Wirkung unter einsichtigen Mitgliedern dieser „Organisation“ nicht verfehlen. Am zutreffendsten ist die Charakterisierung des Bundes, die er sich in Wittenberg leistete, wofür der Druckereibesitzer und **Zarifiguarant** Wattröbt sich einen Ortsverein des **Gutenbergs-Bundes** gründete, indem er Eintrittsgeld und bis auf weiteres auch die Beiträge zum Bunde be-zahlt. Und das Bundesorgan verleugnet sich in diesem Falle auch ganz und gar nicht; nein, es empfindet und äußert eine kindliche Freude über dieses Ereignis (s. Typ. Nr. 37). Eine Arbeiter-„Organisation“ läßt sich also von ihren Gegnern, den Unternehmern, ausstatten; so weit hat es schon der Gutenbergs-Bund gebracht! Nur so fort und wir können zufrieden sein. Wenn dann einstmals im Arbeitswilligenorgane die 10000fte Anmeldung zum Bunde veröffentlicht wird, ist er sicher auf dem Gefrier-punkte angelangt, denn schon jetzt bringt der „Typ.“ die Nummern 7800 ff., aber Mitglieder gibt es leider noch nicht den dritten Teil dieser Ziffern. Verwalter nur so fort und es geht:

Vorwärts nimmer, rückwärts immer!
Zeitz. Herm. Höfer.

Nach der Bremer Woche.

Der 15. Parteitag der deutschen Sozialdemokratie nach dem Falle des Sozialistengesetzes, dem wieder eine Kon-ferenz (die dritte) der Frauen voranging, nahm nur fünf Verhandlungstage in Anspruch, wenn man von der üb-lichen sonntäglichen Vorversammlung absehen will; am Donnerstag wurde eine Fahrt nach Helgoland unter-nommen. Bemerkenswert war das Fehlen von Auer und Singer, beide durch Krankheit am Kommen verhindert. Die Bremer Woche nach vorläufig von der unruhigsten Dresdener ab, welche in ihren Wirkungen nachhaltiger war, als man gemeinhin glaubte und offiziell zugeben will. Eine Wiederholung der Dresdener Widerwärtig-keiten wäre jedoch nicht so ausgeschlossen gewesen und an Befürchtungen nach dieser Richtung hat es angesichts des Falles Schippel keineswegs gefehlt, es ist aber anders ge-kommen; der Dresdener Parteitag war also ein wirklicher Jungbrunnen, welcher die Verhandlungen in Bremen, die von Diez geleitet wurden, vor einem ruhmlosen Schicksale durchaus bewahrte. Die Schlußfrage, welche auf der Leip-ziger Tagung der nationalliberalen Jugendvereine zuvor die Gemüter so erregt hatte, auf die Tagesordnung zu setzen, wurde in der Vorversammlung abgelehnt, da dies-zunächst eine rein preussische Angelegenheit und dieser-halb ein besonderer preussischer Parteitag einberufen werden könne.

Parteisekretär Pfannkuch ließ in dem Berichte des Vorstandes die Vorgänge und die Arbeiten des ver-gangenen Jahres Revue passieren und kam bei der aktuell gewordenen Frage einer besseren Organisationsform auch auf das durch die Gewerkschaftsbewegung gegebene und von den Befürwortern einer solchen Reform angezogene Beispiel zu sprechen, wie sich denn diesmal die Gewerkschaft überhaupt einer nicht geringen Aufmerksamkeit zu erfreuen hatten, allerdings nicht in der Weise, wie von einer Großmacht die Bewegungen eines benachbarten, in kräftigem Aufstiege begriffenen Staates verfolgt werden. Die Errungenheiten der deutschen wirtschaftlichen Arbeiter-organisationen werden in den leitenden Parteikreisen mit einem heitern mit einem nassen Auge angesehen,

darüber können die diesmaligen Auslassungen von Pfannkuch, Richard Fischer und Meister am wenigsten hinweg-täuschen. Wenn ersterer meinte, die Erfolge der Gewerkschaften seien wesentlich dadurch erreicht, daß eine Reihe tätiger, überzeugter Führer der politischen Bewegung ent-zogen wurden, so ist das zum mindesten eine Lieber-zureibung, die auch in erheblichem Widerspruch steht zu der von Rantsch in der „Neuen Zeit“ vor nicht ganz einem Jahre geäußerten Verurteilung über die zum großen Teile bestehende Personalunion der führenden Kräfte in der deutschen politischen und wirtschaftlichen Arbeiterorgani-sation, wobei die letztere zweifelsohne noch den kürzern zieht, da die Führer der politischen Richtung sich weniger um die gewerkschaftliche Tagesarbeit bekümmern als nach-weislich ein großer Prozentsatz der Gewerkschaftsleiter und -funktionäre um den politischen Kleinkampf. Gerisch hat am vierten Verhandlungstage die Ursache der gewerkschaftlichen Erfolge bedeutend richtiger bezeichnet, als er bei dem Punkte Organisation sagte, daß erst mit der Er-höhung der Beiträge und der entsprechenden Steige-rung der Leistungen der Gewerkschaften die rapide Zu-nahme und die Befestigung derselben eingetreten sei, und daß die Partei den Gewerkschaften gegenüber im Nachteile liege, weil sie ihren Mitgliedern keine direkten Vorteile ge-währen könne. Aber nicht dies allein macht unsrer Ansicht nach die Erfolge der Gewerkschaften aus, sondern nicht zum wenigsten die durch den Augenschein tagtäglich erwiesene Hebung der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder, die bis jetzt noch meistens heiß erstritten, durch Einsetzen der Person erkämpft werden muß.

Fischer war deshalb recht unglücklich, bei dem Punkte Majorität die Möglichkeit des Eintretens der Gewerkschaften für Punktinteressen anzudeuten. Was er bei der Gelegen-heit überhaupt ausführte, ließ eine nicht gerade kleine Be-klammung über eine eventuelle oder zum Teile schon ein-getretene Wendung in der gewerkschaftlichen Taktik er-sennen. Diese Kasandranne, über deren Berechtigung sich um so weniger etwas sagen läßt, weil Fischer sich bei jenen Ausführungen am vierten Verhandlungstage nur in Andeutungen bewegte, lassen es aber geraten er-scheinen, auf einen Punkt in dem Pfannkuch'schen Referate etwas näher einzugehen. Pfi. sagte nämlich in seinem Vorstandsberichte: „Es ist ja eins der beliebtesten Argu-mente unserer Gegner, die freien Gewerkschaften als sozial-demokratisch zu stigmatisieren. Ich meine aber, die Ge-werkschaften selbst sollten sich nicht dagegen steifen, mit dem Ehrentitel sozialdemokratische Gewerkschaften be-zeichnen zu werden. Da, wo es darauf ankommt, wird es ihnen stets gelingen, nachzuweisen, daß sie nicht direkt unter der Leitung der sozialdemokratischen Partei stehen, daß sie aber als überzeugte Sozialdemokraten ein Interesse daran haben, die Gewerkschaftsbewegung mög-lichst im Sinne der im Klassenkampfe stehenden Arbeiter-partei, der Sozialdemokratie, zu führen.“

Diese Auslassung darf von den Gewerkschaften nicht unwiderprochen bleiben, um so weniger nicht, da sie be-reits in einer Weise ausgeschlachtet wurde, die schon mehr wie starker Tabak ist. Die „Leipziger Volkszeitung“, welche auf dem Bremer Parteitage sich ja den klüglichen Ab-gang bereitete, schrieb nämlich allsogleich in einem Leiter peremptorisch:

„Aber nicht nur eine straffere Zentralisation der Partei scheint sich in Bremen anzubahnen, sondern auch eine einheitlichere Zusammenfassung der ganzen Bewegung. Es war sehr bemerkenswert, daß Pfannkuch, ohne Widerspruch zu finden, den Gewerkschaften nahe-legen konnte, sie möchten sich ruhig sozial-demokratische Gewerkschaften nennen. Damit brauchte und sollte natürlich keiner organisatorischen Einheit zwischen Partei und Gewerkschaften das Wort geredet sein, wohl aber einem theoretischen Bekennt-nisse der Gewerkschaften zu den Anschauungen und Zielen der sozialdemokratischen Partei. Eine der-artige Bezeichnung wäre jedenfalls sach-gemäher und zweckentsprechender als die modische Neutralitäts-huberei. Es mag ja zu-treffen, daß in den freien Gewerkschaften ein sozial-demokratisches Bekenntnis nicht gefordert wird und daß es auch in diesen Vereinigungen eine vielleicht nicht ganz unerhebliche Minderheit gibt, die von der Partei nichts wissen will, ihr vielleicht sogar ablehnend gegenüber-steht; allein nach dem Rechte der Mehrheit, das in allen demokratischen Organisationen oberstes Gesetz ist, können doch die freien Gewerkschaften in ihrer Gesamt-heit als sozialdemokratische Organisationen in Anspruch genommen werden. Man läßt sich auch, wie die Ver-handlungen dieses Parteitages fast auf jeder Seite aus-weisen, das Zusammenwerfen von Partei und Gewerkschaften stillschweigend gefallen und täte man es nicht, so wären unsere Gegner die letzten, die eine derartige Komödie ernst nehmen würden. Und auf sie war doch bisher die ganze Neutralitätsbeschuldigung berechnet. Mehr kann aus einer beiläufigen Bemerkung in einem Vorstandsberichte, der eine Ueberfülle von Material ent-hält, wohl nicht gemacht werden. Am Dienstag den 20. September, nach Verlauf des ersten Verhandlungs-tages, konstatierte also die „L. B.“, daß die Verhand-lungen in Bremen es ausweisen, wie dort die Einheit zwischen Partei und Gewerkschaften zutage trete und mit diebischer Freude betont sie, daß keinerlei Widerspruch dagegen von gewerkschaftlicher Seite erfolgte. Als ob das bei einer so en passant gleich zu Anfang des Berichtes geschehenen Bemerkung hätte sein können, als ob die Ge-werkschaftler sofort hätten Vorurteilen veranlassen müssen!

Das böse Schicksal hat es aber gewollt, daß diesem ver-ständlichen Eifer der „L. B.“ die „L. B.“ selbst einen Dämpfer aufsetzte und zwar obendrein noch in derselben Nummer. In dem Berichte über den ersten Tag steht nämlich in Fettdruck: „Ich (Pfannkuch. Red. d. „Corr.“) meine aber, die Gewerkschaften selbst sollten sich da-gegen steifen, mit dem Ehrentitel sozialdemokratische Gewerkschaften bezeichnen zu werden.“ Ein böser, ein häßlicher Druckfehler für die „L. B.“; für andere Leute, die nicht gerade selten anderer Meinung wie das Leipziger Organ sind, aber Anlaß zu nicht geringer Schadenfreude, die ja überhaupt die einzige wahre Freude sein soll.

Nun hat wohl noch kein vernünftiger Gewerkschaftler jemals die Bezeichnung als sozialdemokratische Gewerkschaft für unreinlich, als etwas Beleidigendes befunden, wohl aber als eine Unrichtigkeit. Nur die lokal-istischen Organisationen haben sich als sozialdemokratische Gewerkschaften sans phrase ausgeben, nicht immer zur Freude der Partei, welcher diese nach allgemeiner Ansicht mißratene Baskarde doch schon manche Ungelegenheit be-reitet haben, die größte jedenfalls die jetzt abtrünnigen Hamburger Affordauerer. Es waren nicht zuletzt die sozialdemokratischen Blätter selbst, welche gegen die Ein-schätzung der freien als sozialdemokratische Gewerkschaften immer Front machten und dies zwar aus taktischen Gründen, die heute noch so stichhaltig sind wie vordem. Daß dies jetzt anders werden soll, ist durchaus nicht ein-zusehen. Die „modische Neutralitäts-huberei“ und die ganze Neutralitätsbeschuldigung ist kein taktischer Zug der Bourgeoisie gegenüber, sondern eine so selbstverständ-liche organisierte Taktik im Eigeninteresse wie nur je eine. Die drei Millionen Stimmen bei der letzten Reichs-tagswahl scheinen an gewissen Stellen eine wesentliche Verschiebung der Begriffe hervorgerufen zu haben, bei den freien Gewerkschaften aber keineswegs. Für sie ist maß-gehend, daß außer der zu ihren Fahnen zählenden einen Million es noch über 400000 organisierte Arbeiter anderer Richtungen gibt, die in politischer Beziehung zu den ver-schiedensten Parteien gehören und diese ihre Ueberzeugung zum Teile sehr hartnäckig behaupten. Diese Verzelteilung der wirtschaftlichen Kräfte zu beiseitigen, diese Sonder-bündeleien zugunsten einer einheitlichen Formation der Gewerkschaftsbewegung aus dem Felde zu schlagen und außerdem die nach der Gewerbezahlung von 1895 (unter Ausschluß der Landwirtschaft) verbleibenden rund vier Millionen organisationsfähigen Personen zu organisieren, das ist eine ebenso große wie schwierige Auf-gabe, die aber mit der Festlegung auf eine be-stimmte Partei gewiß nicht zu erreichen ist; jetzt, nachdem die Dresdener Resolution noch internatio-nale Besiegelung gefunden, weniger denn je.

Die freien Gewerkschaften führen diesen Namen nicht umsonst und werden ihn weder auf die freundliche Empfehlung von Pfannkuch, noch auf die im kategorischen Imperativ gehaltene Aufforderung der „Leipziger Volks-zeitung“ hin in „sozialdemokratische Gewerkschaften“ um-wandeln. Sie verfolgen bei diesen ihren Standpunkte die nämliche Taktik wie die Partei mit dem der Neutralität in religiösen Fragen, die zu beiseitigen schon so oft ge-fordert, welches Verlangen aber ebenso oft aus Zweck-mäßigkeitsgründen, d. h. aus Gründen der Undurch-führbarkeit, zurückgewiesen wurde. Von den Gewerkschaften kann man daher nicht gut verlangen, sie sollten päpstlicher als der Papst sein. Man kann das im Ernste wirklich nicht von ihnen fordern, da man der Arbeiter-schaft ja ständig zuruft: Seht euch die Unterneher an, seht, wie diese sich ohne Rücksicht auf ihre religiösen und politischen Ansichten zu einer wirtschaftlichen Macht zu-sammenschließen und tut es ihnen gleich!

Einer, der den Arbeitern ebenfalls diesen wohlgemeinten Rat gab, war August Bebel, welcher in einer öffent-lichen Versammlung in Berlin am 27. Mai 1900 über das Thema „Gewerkschaftsbewegung und die politischen Parteien“ referierte, und dabei Ausführungen machte, die angesichts der in Bremen gegebenen Ratsschlüsse jetzt doppelt interessant sind. Bebel sagte nämlich u. a.:

Die Gewerkschaftsbewegung habe die Aufgabe, auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschafts-ordnung die Arbeitsbedingungen für ihre Mitglieder möglichst günstig zu gestalten. Das könne sie aber nur, wenn sie die Berufsgenossen in möglichst großer Zahl hinter sich hat, und wenn sie über ausreichende Mittel verfügt. Eine Zukunftsorganisation sei die Gewerkschaft höchstens insofern, als sie nach der Befestigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung die Leitung der Produktion in die Hand zu nehmen habe. Wenn die Gewerkschaft stark ist und wenn sie eine gute Leitung hat, dann werde es ihr gelingen, für ihre Mit-glieder verhältnismäßig erhebliche Vorteile zu erlangen. Darum sei es Pflicht aller Arbeiter, der Organisation ihres Berufes anzugehören. Vertrete man den hier dargelegten Standpunkt, dann sei es selbstverständ-lich, daß Parteipolitik aus den Gewerkschaften auszuschließen sei. Arbeiterpolitik dagegen müssen die Gewerkschaften treiben. Arbeiter-politik treiben, hieße aber auch eine Reihe von Forde-rungen stellen, die ohne Politik und ausschließlich durch rein gewerkschaftliche Tätigkeit nicht erreicht werden können. Parteipolitik soll die Gewerkschaft nicht treiben, Klassenpolitik dagegen soll man als Politiker, aber nicht als Gewerkschaftler treiben. Ich habe — sagte der Redner — in dieser Frage eine andre Meinung gehabt. Ich bin jetzt der Mei-nung, daß die einseitige politische Tätigkeit

in den Gewerkschaften ein Fehler war. Es ist nicht richtig, wenn man von dem Gewerkschaftler verlangt: du mußt die und die politische Ansicht haben.

So Bebel im Frühjahr 1900. Was er damals sagte, ist unsere Meinung heute noch und wird es immer bleiben. Wir wissen, daß die parlamentarische Tätigkeit sehr wohl auch im Interesse der Gewerkschaften liegt, deren Pionierarbeit in der Bewegung den mächtigsten Rückhalt findet und ihr weiteres Vordringen ermöglicht, weil das Errengene wenn auch langsam, so doch sicher gesetzliche Festlegung findet. Deshalb verwerten wir auch den Parlamentarismus nicht wie Friedeberg und Genossen, deshalb sagen wir auch nicht wie jene: Wenn uns das allgemeine Wahlrecht genommen wird, weinen wir ihm keine Tränen nach. — „Zum Sie das eine und lassen Sie das andere nicht“ war Bebels Rat in jener Versammlung. Wir glauben, die Gewerkschaften sind diesem zur Genüge nachgekommen; das beweist die Tatsache, daß die Mehrzahl der freien Gewerkschaftler der Sozialdemokratie angehört, der übrige Teil aber von sozialistischer Gesinnung mehr oder weniger erfüllt ist. Damit sollte man es genug sein lassen; ein Mehr kann es nicht geben und eine Umlaute hätte weder eine innere noch eine rein dekorative Berechtigung. Die freien Gewerkschaften bleiben neutrale Gebilde, welche ihren Mitgliedern in religiöser und politischer Beziehung freie Hand lassen, die aber Arbeiterpolitik treiben, jedoch die Sugerantität weder der Sozialdemokratie noch einer andern Partei anerkennen.

Parteiaffizier Gerisch konnte von einem so günstigen Kassenaufschuß wie nie zuvor Mitteilung machen. Auch die sozialdemokratische Presse entwickelte sich sehr günstig. 15 Blätter haben zwar insgesamt 8008 Abonnenten verloren, diesem Verluste siehe jedoch bei 39 Blättern ein Zuwachs von 47380 Abonnenten gegenüber; im ganzen hatte die Parteipresse 620282 zahlende Abonnenten. Im Durchschnitt betrage das Abonnement 52 Pfennige im Monate. Aus den Finanzen habe sich eine Einnahme von 2253538 Mk. ergeben. Mit Recht monierte Gerisch, daß einzelne Organe sich schon äußerlich als Wundenbrödel repräsentieren; ein Zustand, der beseitigt werden müsse.

Den Bericht der Kontrollkommission gab Meister. Wir greifen nur das für uns Buchdrucker Wichtigste heraus. Da ist zunächst der Fall Emmel in Mülhausen. Emmel, ein Buchdruckermeister vom reinsten Wasser, welcher es fertig brachte, im Mülhauser Stadtparlament gegen die Eingabe der Buchdrucker auf Vergabe städtischer Druckfächer nur an Tarifordnungen zu sprechen, sieht jetzt da als ein gezeichneter Mann. Von einem gewissen Freunde einer recht bösen Sache, des Betruges, beschuldigt, wurde Emmel verurteilt, gegen den Mann gerichtliche vorzugehen. In zwei Instanzen verließ die Angelegenheit zumungunsten Emmels, der bis zum Entscheide der letztern von allen Ehrenämtern entbunden werden sollte, welche Ausforderung die Mülhäuser damit beantworteten, daß sie Emmel gar noch als Kandidaten für den Landesauschuß aufstellten. Dieses Gebahren fand natürlich strikte Verurteilung. Nach dem Parteitag hat diese Angelegenheit eine noch merkwürdigere Wendung genommen. Emmel hatte sich nämlich nach diesen Prozessen selbst zweier Delikte bezichtigt; der Staatsanwalt lehnte jedoch eine Verfolgung der Sache als aussichtslos ab, weshalb der Oberstaatsanwalt angerufen wurde. Mit dem Ausgang der beiden Gerichtsverhandlungen steht dieser Entscheid also in größtem Widerspruche. — Eine Angelegenheit von großem Interesse, wie Meister sagte, war der Fall Schwedendiek in Bielefeld. Dieser 63jährige Mann ist bei einem Streik stehen geblieben und wurde wegen dieses Verhaltens von dem dortigen Wahlvereine seiner Eigenschaft als Parteigenosse entseht. Nebenbei bemerkte Meister, daß sich die Klagefälle aus Gewerkschaftskreisen gegen Parteimitglieder mehren, welche bei wirtschaftlichen Kämpfen den Streikbrecher machen und deshalb auch aus der Parteiorganisation ausgeschlossen werden sollen. „Dagegen ereignet es sich sehr selten, daß ein Ehrenstreik bei gewerkschaftlichen Organisationen deshalb zur Einleitung oder zum Austrage kommt, weil der Berufsgegenstand zugehörige Parteigenossen in verächtlicher Weise es unterläßt, in dem politischen Klassenkampf und zum Zwecke einer erfolgreichen Agitation für die sozialdemokratische Partei seine Pflicht einigermaßen oder nach ganzem Vermögen zu erfüllen.“ Man muß sich an den Kopf fassen, wenn man hier von Meister hört, daß eine mangelhafte Betätigung der parteigenössigen Pflichten jemand unwürdig macht der Angehörigkeit seiner Gewerkschaft. Eine solche Parallele — Streikbruch (gleich Landesverrat) und lässige Pflichterfüllung auf eine Stufe gestellt — ist denn doch wohl noch nicht dagewesen! Wenn die letztere Verübung ebenso gewertet werden soll wie Streikbruch, der doch unter allen Umständen eine ehrlose, gemeine Handlung ist, dann könnte aber hüten wie drüben ein großes Klausengehen beginnen und an der Tagesordnung bleiben. Uns fehlt jedes Verständnis für diese Meisterliche Deduktion. Wir können M. aber versichern, daß ein von einem organisierten Buchdrucker an der Partei verübter Verrat (eine Denunziation derselben bei der Polizei usw.) den Mann in unseren Reihen unmöglich machen würde, wie denn während des Ermittlungskampfes ein Mitglied von uns ohne weiteres ausgeschlossen wurde, weil es der Polizei Material zum Vorgehen gegen Streikgelddarsteller geliefert hatte. — Der mit Bewußtsein geübte Streikbruch ist nach Meisters Ansicht erst eine ehrlose Handlung; bei Schwedendiek habe aber bezweifelt werden müssen, daß er angesichts seines besondern Falles dies Bewußtsein gehabt habe,

überhaupt sei es üblich, so alte Personen ruhig weiterarbeiten zu lassen. Diese Wissenschaft will Meister von leitenden Personen der Mauerorganisation haben; uns ist diese Gepflogenheit nicht bekannt. Es können wohl bestimmte Orte eventuell auch einzelne Firmen von einem Vorgehen aus taktischen Gründen ausgeschlossen werden, einzelne Personen aber nicht; das Alter spielt da keine Rolle. So war es bei unserm großen Neunhundertkampfe, so bei späteren Konflikten und so ist es auch beim Leipziger Gießereistreik gewesen. Meister würde gestimmt haben, wenn er die alte Garde hätte in Leipzig aufmarschieren sehen! Die dem angeblich so verdienten Parteigenossen Schwedendiek von Bielefelder Delegierten gewordene Kennzeichnung läßt diesen Mann überhaupt in einem nicht besonders hohem Lichte erscheinen. Die Kontrollkommission hat ihn aber als Parteigenosse wieder rehabilitiert und der Parteitag war es zufrieden. Die Gewerkschaften werden zu wachsen haben, daß die neue Auslegung von dem mit Bewußtsein geübten Streikbruch — was doch jede derartige Handlung ist, wenn nur irgendwie auf einen Konflikt aufmerksam gemacht worden ist, was bei Schw. der Fall war — nicht Schule macht und daß ferner diese Angelegenheit nicht zu den erledigten Sachen gelegt wird, wie auch die Hamburger Affordmauraffäre in gutem Gedächtnisse bleibt. — Bei dem Punkte Agitation wurde ein Antrag auf Anstellung von Parteiführern von Vorstands wegen angenommen und das Anfangsgelalt auf 2000 Mk. festgesetzt. Nach je drei Jahren werden 200 Mk. Zulage gewährt, die Maximalgrenze des Gehaltes soll später bestimmt werden.

Bei dem Punkte Presse kamen wieder die stereotypen Klagen auf Ausgestaltung der „Neuen Welt“, die sich in der Hauptsache und zwar mit Recht über die dürftigen Illustrationen ergingen. Der eingeklagten Dresdener Jugendschrift „Die Hütte“ wurden viele Leichenreden gehalten und ein Ersatz dafür verlangt. Sehr interessant war die Aufmachung Fischers über das Brochürenwesen der Partei. Der Verdienst an dem einzelnen Exemplare ist ein überraschend geringer, der Grundsatz: die Masse muß es bringen, kommt nirgends mehr zur Anwendung als bei diesem Geschäft. Daß die Masse auch wirklich die Ueberhälle bringt, beweist das Florieren der Parteibuchhandlung, deren Leiter Richard Fischer die auch in der übrigen Geschäftswelt allgemein herrschende „goldene“ Regel nach möglichst hohen Ueberhälften befolgt. Die zum Punkte Presse eingebrachten Anträge wurden schließlich dem Parteivorstande zur Erwägung überwiesen. Ein Antrag Liebknecht, der eine besondere Agitation unter den zum Militär einzuberufenden jungen Leuten forderte, wurde verdienstermaßen als gemeinschädlich zerzaust und mit Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Dann kam — wieder ein Antrag Liebknecht — der Generalkrieg auf Tapet, mit dem man den nächstjährigen Parteitag füttern will. Diese Frage ist ja auf den Tagungen der sozialdemokratischen Partei keine neue Erscheinung, aber während sie bisher glatt abgeschüttelt wurde, nimmt man die Sache jetzt tragischer; nicht wegen Friedeberg und Genossen, sondern aus einem andern Grunde: wegen der mehr oder weniger stark vorhandenen Einbildung der Gefährdung des Reichstagswahlrechtes. Es ist merkwürdig, daß Pfannkuch sich in dem Vorstandsberichte über diesen Punkt von einem ziemlich entgegengegesetzten Standpunkte ausließ. Er sagte nämlich: „Wie verschieden aber die Meinungen in der Partei sind, beweist die Tatsache, daß uns von anderen Parteigenossen, auf deren Stimmen wir gleichfalls Gewicht legen, gerade nahe gelegt worden ist, wir sollten nicht so oft mit dem Feuer spielen (sehr richtig! vermerkt hier der Bericht), es könne sich sonst das Gericht erfüllen: Wenn man den Teufel an die Wand malt, so kommt er. Fene Kreise, die damit umgehen, das Wahlrecht zu beschränken, könnten sich sagen: wir können machen, was wir wollen, wir werden stigmatisiert als diejenigen, die das Wahlrecht beschränken wollen, also machen wir es.“ Man malte aber trotz des Pfannkuchens Abwinkens Schreckgespenste an die Wand und forderte die eingehende Diskussion des politischen Massenstreiks im nächsten Jahre. Von dem armen Friedeberg rückte man allgemein ab, der mit dem sonderbündlerischen Hüftenbinder kniesiedet aus Hannover den vulgären Generalkrieg will, während die Liebknecht, Kapfenstein, Bernstein, Grenz, Zeitlin die höhere Form des politischen Massenstreiks für diskutabel und notwendig halten. Clara Zetkin will endlich einmal die Konfusion in der Frage, ob Generalkrieg oder politischer Massenstreik, beseitigt wissen; Liebknecht hält sie gar für die aktuellste Frage unserer gegenwärtigen und künftigen Politik und Bernstein, welcher den Ehrennamen eines gemäßigten Genossen reklamierte, drängte ebenfalls vor lauter Wahlrechtschmerzen zu einer Klärung über diese schwierige Frage, die von ihm aber wenigstens als eine außerordentlich zweischneidige Waffe bezeichnet wurde — wir möchten fast wie Bollmar mit bezug auf die Liebknechtsche Jugendagitation sagen: als ein Spiel mit Schießgewehren und zwar auf anderer Leute Kosten! Da wir erst in den Ann. 99 und 111 den negierenden Standpunkt der Gewerkschaften in dieser Frage dargetan haben, erkräftigt sich heute ein Mehr über diese höchst bezweifelnde Wandlung in der parteigenössischen Ideenwelt. Dem Vorstande wurde schließlich auch diese Angelegenheit aufgehoben.

Nun kam der Bericht über die parlamentarische Tätigkeit und damit der Fall Schippel. Referent war an Stelle des mit dieser Aufgabe sonst betrauten

Stadthagen Georg Lebebour. Es sei gleich vorweggenommen, daß die Angelegenheit recht sachlich behandelt wurde und mit Annahme einer scharfen Mißbilligungsresolution von Bebel und einer weiteren von Freyhalter und Genossen (Berlin) eingereichten endete, welche ausdrücklich, daß Schippel bei Fortsetzung seiner parteiisidigen Tätigkeit die Konsequenz aus seinem Verhalten zu ziehen hat. Letztere Resolution fand gegen eine erhebliche Minderheit Annahme, die Revisionsisten stimmten wohl alle dagegen. Ferner kam der Leipziger Netzestreit mit zur Sprache, wobei getadelt wurde, daß die sozialdemokratische Fraktion nicht sofort im Reichstage gegen das Einschreiten der Besörde als einen Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen protestiert habe. Man kann aber nicht gut diesen Vorwurf erheben, da durch das von der Leipziger Ortskrankenkasse anhängig gemachte Verwaltungsstreitverfahren — eine von uns als zwecklos seinerzeit gleich bezeichnete Aktion — ein Vorgehen im Parlamente einstweilen unmöglich gemacht wurde. Einen bemerkenswerten Anlauf nahm der Berliner Gewerkschaftssekretär Försten, welcher dafür plädierte, daß die Partei überhaupt für Gesetzestwürfe und Fragen der Sozialgesetzgebung stimme, unbeschadet ihres mit aller Verbe zu vertretenden Standpunktes. Man solle, wenn dieser etna nicht durchdrücken, schließlich doch für die betreffenden Vorlagen stimmen, um wenigstens in etwas den Fortschritt zu retten; es müsse also zu einer mittlern Politik, deren Notwendigkeit Reber an der Abstimmung über die Kaufmannsgerichte erklärte, ge-griffen werden. Dem armen Försten, der seit 1903 auch sozialdemokratischer Abgeordneter ist, erging es übel. Diese Politik des Entgegenkommens gegen die bürgerlichen Parteien und die Regierung würde, wie es hieß, ein Aufhören der Sozialdemokratie als Oppositionspartei bedingen. Vom Standpunkte der Dresdener Resolution aus trifft das gewiß zu, aber darin zeigt sich eben wieder deren Unhaltbarkeit für die gewerkschaftliche Gegenwart. Uebrigens hat die Partei ihren früheren völlig negierenden Standpunkt zum Teile schon aufgegeben, sie wird künftig trotz Dresdener Resolution noch mehr dazu gedrängt werden; das mutige, völlig isolierte Auftreten Förstens verdient aber alle Anerkennung.

Die Schaffung einer straffern Organisationsform wurde nicht endgültig erledigt, jedoch die Angelegenheit einer aus allen Landesstellen zusammengesetzten Kommission überwiesen, die dem nächstjährigen Parteitag einen zweckentsprechenden Entwurf unterbreiten soll. Dann folgte ein für die Gewerkschaften hochwichtiger Punkt: die Maifeier. Wie voranzusehen, hagelte es nur so Schärfschüsse auf den „weichen Wehrdichthausen der Gewerkschaftsdeputierten“; es hat sich eben viel Unmut in letzter Zeit gegen die Gewerkschaften angehäuft, welcher nach einer Entladung förmlich verlangte. Richard Fischer als Referent bejorgte das gründlich, trefflich unterstützt von Frau Biez und dem Delegierten Habicht aus Limburg. Fischer verwies nachdrücklich auf die durch die Erstarrung der Gewerkschaftsbewegung drohende Gefahr der Verschiebung des Endzieles: Befreiung der Arbeiterklasse aus dem Doppeljoch der ökonomischen und politischen Knechtung. Wenn diese Befürchtung auch keineswegs zutrifft, jütemalen der gewerkschaftliche Kampf diese Erlösung am besten vorbereitet, so traf doch Fischer bei den meisten damit ins Schwarze. Fischer machte auch besonders darauf aufmerksam, daß auf allen internationalen Kongressen Gewerkschaftsdelegierte an den Beschlüssen über die Maifeier mitgewirkt haben, also mitgegangen — mitgegangen! Daraus ergibt sich, daß entweder die Gewerkschaften diese Kongresse vollständig beschiden oder ihnen überhaupt fern bleiben, dann sind sie nicht der Mittätertschaft überführt. Der Gesichtsstandpunkt der Gewerkschaften in dieser Frage fand natürlich auch gebührende Annagelung. Das von der Partei beim Ermittlungskampfe gezeigte opferwillige Eintreten wurde dagegen als wohlthuendes Beispiel ins Feld geführt. Nun liegt die Sache aber so — und nicht zuletzt die „Leipziger Volkszeitung“ hat das immer betont — daß erst das Eingreifen der Polizei und der Regierung den Kampf zu einer politischen Maßfrage stempelte und die finanzielle Hilfe aus der Partei auslöste. Es wäre übrigens eine dankbare, wenn auch unmögliche Aufgabe, festzustellen, wieviel sich von der einen Million freier Gewerkschaftler und wieviel sich von den drei Millionen sozialdemokratischer Wähler der materiellen Unterstützung der Kämpfer in Ermittlungskampfe entzogen haben, die offiziellen Bewilligungen der beiderseitigen Korporationen dabei außer Anrechnung gelassen. In seinem Schlußworte sprach Fischer den bemerkenswerten Satz: „Wir verlangen nicht Arbeitsruhe überall und unter allen Umständen, sondern überlassen der Gewerkschaft die Entscheidung darüber, ob sie die finanzielle Verantwortung übernehmen will.“ Nun, das wird sich wohl auch gehören, denn sonst wären die Gewerkschaften ja weiter nichts als eine dienende Magd. Daß aber die Gewerkschaften diese finanzielle Verantwortung nicht übernehmen können, hat Bieleburg treffend nachgewiesen, der eine wirkungsvolle Rede gegen die jetzige Form der Maifeier hielt, wenn er auch zugab, daß bis zum nächsten internationalen Kongresse es beim alten bleiben müsse. Das können wir allerdings nicht einsehen, sind vielmehr in diesem Punkte der Meinung der „Bildhauser-Zeitung“, daß die Gewerkschaften selbst „diese strittige Frage lösen“ müssen. Der nächste Gewerkschaftskongress wird zweifellos sich damit beschäftigen müssen, wenn er als selbständiges gewerkschaftliches Parlament in Frage kommen will. Der Vorsitzende des Mauerverbandes sagte auch, daß es unmöglich sei, die Arbeitsruhe im allgemeinen auch nur einigermaßen durchzu-

Korrespondenzen.

führen. Wenn die infolge der Maifeier ausgeprägten Arbeiter keine Unterstützung von ihren Gewerkschaften erhalten, wäre auch die Begeisterung aus. Das Unternehmertum würde die Gewerkschaften finanziell so schwächen, wenn dieselben sich für die Folgen der Maifeier engagieren wollten, daß die Organisationen zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt würden. Die Arbeitsruhe sei deshalb nicht durchzuführen, ohne daß die Gewerkschaften großen Schaden erleiden. Niehm, Redakteur der „Sächs. Arbeiterzeitung“, zog sich den vollen Hohn Fischers zu, weil er sagte, die Gewerkschaften wären gar nicht geneigt, für die Maifeier Opfer zu bringen; ihr ganzes Streben ginge dahin, ohne Klamp mit den Unternehmern Verträge abzuschließen und das sei gut so. Fischer fand es für nötig, die Partei vor solchen Ansichten zu warnen; es sei das die Meinung einer Minderheit, die auch in der Gewerkschaftsbewegung vorhanden sei. Der böse Revisionismus spukte also wieder! Wolf-Vochum, Burgner und Klüß-Breslau, Weinheber-Hamburg traten ebenfalls dafür ein, daß man von der Arbeitsruhe Abstand nehme. Mit großer Mehrheit wurde jedoch die Resolution Fischer (Münsterdamer Beschluß) angenommen. Ueberblickt man diese Debatte, so kann man nur sagen: Eine Sache, über die nach fünfzehnjährigem Bestehen solche Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind, muß einen erheblichen Geburtsfehler aufweisen, der ihr unmöglich ein langes Leben sichert. Geändert wird an dem Stande der Dinge durch diesen neuen Beschluß übrigens rein gar nichts.

Hierauf gab es ein köstliches Intermezzo: eine gräßliche Niederlage der „Leipziger Volkszeitung“. Südbesum hatte während der Schippeldebate beifällig bemerkt, daß außer Schippel noch mehr „psychologische Rätsel“ in der Partei vorhanden seien. Dieser verdeckte Hieb löste dem bekannten größten psychologischen Rätsel die Zunge bzw. die Feder und allsogleich ergoß sich in seinem Leipziger Organ eine Flut von Liebenswürdigkeiten über Südbesum. Jug-Bant brachte den Fall zur Sprache, der die lebhafteste Beurteilung hervorrief. Es wurden zwei Resolutionen eingereicht; die eine spricht von einem in jener Notiz angelegenen rüden Tone und erwartet, daß die „L. V.“ sich für die Folge eines anständigen Tones gegenüber Parteigenossen befleißigt, die zweite fordert zu einer allgemeinen Stellungnahme gegen eine solche der Partei unwürdige Kampfweise auf. Beide Resolutionen waren überaus deutlich, deutlicher aber noch die Haltung des Parteitag, die nicht gerade beruhigter werden konnte durch die „märchenhafte Ungeheuerlichkeit“ der Leipziger Delegierten, welche allen Erstes beantragten, den Leipziger Genossen diese Angelegenheit zur Erledigung zu überlassen. Der Parteitag empfand jedoch nicht die geringste Reue, den Bock zum Gärtner zu setzen. Zu Beginn des letzten Verhandlungstages wurde dann eine förmliche Entschuldigung der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ zur Verlesung gebracht. Die Sache war damit an diesem Orte erledigt.

Nachdem am vierten Tage der Entwurf des Linde-mannschen Programms über Kommunalkommunikation nach ziemlichlicher Zerknirschung akzeptiert, standen am letzten Verhandlungstage nur noch weniger bedeutende Sachen zur Debatte.

Zunächst referierte Bebel über den Münsterdamer Kongress, wobei er die von Dr. Naard in der Frankfurter „Volksstimme“ gegebene Schilderung der Vorgänge in der deutschen Delegation (siehe Gewerkschaftsübersicht Nr. 111) zurückwies und dabei Unterstützung fand. Unter „Sonstige Anträge“ fand eine Resolution Annahme gegen die immer mehr zunehmende Ausschließung der Deszendenten im Militärgerichtsverfahren, die eine italienische Sozialdemokratie zu ihrem Erfolge in dem politischen Massenstreik beglückwünschende, eine die völlige Beseitigung des Religionsunterrichtes aus der Schule verlangende; zwei weitere protestieren gegen den Russen- wie auch gegen den Balkankurs. Die bisherigen Vorstandsmitglieder wurden wieder, Wollenbühne als dritter Schriftführer neu gewählt. Die Gehälter der Sekretäre (Schriftführer) und des Parteikassierers wurden von 3600 auf 4200 Mk. erhöht. Die nächstjährige Tagung findet in Jena statt.

zieht man die Bilanz dieser Tagung soweit Gewerkschaftsangelegenheiten in Frage kommen, so läßt sich das Bemühen nicht leugnen, diese Organisationen völlig für die Partei zu requirieren. Nachdem die Anschauung von den Gewerkschaften als Rekrutenschulen der Partei vor Jahren über Bord geworfen, kommt man — ungefähr mit dem eroberungslustigen Rußland zu vergleichen — und will die Hand aufs Ganze legen. Da kann von gewerkschaftlicher Seite nur kräftig gestoppt werden, um so mehr als es ziemlich deutlich wurde, daß man die Gewerkschaften unbekümmert um deren Lebens- und Tagesfragen in erster Linie zur Finanzierung einiger Aktionen der politischen Bewegung gebrauchen will, welche heißen: Generalstreik und Maifeier. Das kann es nicht geben und zwar aus Gründen nicht, die im „Corr.“ schon oft genug und auch erst in diesem Artikel klargestellt sind. Wo uns die Fragen der Taktik nicht trennen — eine Möglichkeit, die ganz abhängig ist von der Durchführung der Dresden-Münsterdamer Resolution — werden Gewerkschafts- und politische Bewegung einträchtig nebeneinander marschieren, sonst aber ist und bleibt der Grundsatz in Geltung „Suum cuique“ und damit basta. Km.

Nachn. (Maschinenmeisterverein für den Bezirk Nachn.) Am 18. September hatte der Vorstand die Mitglieder des Bezirks zu einer Besichtigung des in der Nachener Drucker- und Verlags-Gesellschaft aufgestellten Bogenanlegeapparates eingeladen. Fast vollständig waren die Kollegen aus Düren, Jülich und Nachn erschienen, um diesen Fortschritt auf dem Gebiete der Technik kennen zu lernen. Von Herrn Obermaschinenmeister Hürfeld wurde der Apparat des Näheren erläutert, gleichzeitig erregte das Interesse der Besucher eine Zweitourneurmaschine von König & Bauer, die ebenfalls im Betriebe zu sehen war. Der Geschäftsleiter der Firma, Herr Georgy, und nach getaner Besichtigung die Teilnehmer zu einem Frühstück ein, bei dem er in einer Ansprache seine Freude über das Interesse des Vereins den technischen Neuerungen gegenüber kundgab. In einer Erwiderung sprach der Vorsitzende Koch der Geschäftsleitung den Dank des Vereins für das freundliche Entgegenkommen aus, anschließend in kurzen Worten die Zwecke und Ziele der Maschinenmeistervereine darlegend. Auch an dieser Stelle sei dieser Dank nochmals wiederholt. Ein gemütliches Beisammensein sowie ein nachmittags unternehmener Waldausflug bildeten den Abschluß dieser interessanten Exkursion. Der Vorstand plant für die nächste Zeit die Besichtigung einer Farbendruckfabrik, wo hauptsächlich die Gewinnung der Rohstoffe betrieben wird, und hofft auch da auf zahlreiche Beteiligung.

Berlin. Am 1. Oktober feiert der Seger August Hartwig sein 50jähriges Jubiläum in der Buchdruckerei Gebrüder Ernst, Berlin SW 12, Zimmerstraße 34.

Berlin. (Verein Berliner Buchdruckmaschinenmeister.) In der Versammlung vom 20. September wurde unter Vereinsmitteilungen auf die teilweise schon begonnene Saison hingewiesen; da ein großer Teil unserer Kollegen durch die bessere Konjunktur auch eine gesteigerte Arbeitsgelegenheit erhofft, werden die arbeitenden Kollegen ermahnt, die Leberhunden so viel wie möglich einzuschränken und nötigenfalls ihre Prinzipale zur Befolgung der im Tarifkommentar (Seite 97) festgelegten Tischen zu veranlassen. Bei der bevorstehenden Neueinstellung von Lehrlingen wird der Wunsch des Tarif-Ausschusses an die Prinzipale in Erinnerung gebracht, möglichst weniger Lehrlinge einzustellen als dies der Tarif zuläßt. Unter „Technisches“ hielt Kollege Engel einen einstündigen Vortrag über die König & Bauersche Illustrations-Notationsmaschine und das Arbeiten an derselben. Dieser Vortrag wurde mit großem Beifalle von der stark besuchten Versammlung aufgenommen. Mit dem Danke an den Referenten gab der Vorsitzende der Hoffnung Ausdruck, daß sich auch ferner Kollegen bereit finden werden, derartige aus der Praxis gegriffene Vorträge zu halten, da solche für die Allgemeinheit von großem Nutzen seien.

Bezirk Bonn. In dem Berichte über die Bezirksversammlung in Koblenz (Nr. 108) wird bezüglich der Firma Kleinjorge in Siegen gesagt, daß der dortige Ortsvorstand behufs Streichung derselben aus dem Tarifverzeichnis sich vor mehreren Wochen an den Bezirksvertreter Habe in K. e. w. wandte, aber bis heute ohne Antwort blieb. Dies entspricht nicht den Tatsachen, vielmehr ist diese Unrichtigkeit auf die irrtümlicherweise falsche Berichterstattung eines Siegener Kollegen zurückzuführen. Der Vorsitzende des Ortsvereins Siegen, Kollege Maubach, teilt mir diesbezüglich folgendes mit: „Der Vorstand hat sich in betreff Streichung der Firma Kleinjorge aus dem Tarifverzeichnis nicht an den Kollegen Habe, sondern, nachdem der Vorstand eine feste Handhabe für die Tarifuntreue der Firma hatte, direkt an das Tarifamt gewandt und erhielt von demselben den Bescheid, daß das Tarifamt mit der Firma dieserhalb in Verbindung getreten sei.“ Diese bebauelichen Freirücker könnten vermieden werden, wenn die berichterstattenden Kollegen mehr aus genauer Kenntnis der Sachlage und mit etwas mehr Weisheit berichten würden. (Leider ist diese Klage nur zu berechtigt; eine Ausflucht auf Verbesserung sehen wir aber nicht. Red.) Hoffentlich trägt dies zur Förderung und Beachtung dieses Gebankens bei. Theod. Baldus, Bezirksvorsitzender.

Breslau. Der Vereinsversammlung vom 18. September ging eine Ausstellung von Druckfäßen und Stizzen, arrangiert von der Typographischen Gesellschaft, voraus, über welche dann auch in der Versammlung ein kurzes Referat gehalten wurde. Wohl infolge dessen war die Versammlung diesmal stärker besucht. Nach Aufnahme eines Mitgliedes wurde der Seger Weimann aus Bries, welcher hier eine untaufmähige Kondition annahm, ausgeschlossen. Das schärfere Vorgehen gegen die Restanten hatte den Erfolg, daß die Reste bedeutend abgenommen haben; nur zwei Restanten waren den ihnen auferlegten Verpflichtungen nicht nachgekommen und wurden daher dem Gewerkschaftsamt zum Ausschlusse empfohlen. Im hiesigen Gewerkschaftsamt ist ein Streit ausgebrochen, der seinen Grund darin hat, daß die Mitglieder des Handels- und Transportarbeiterverbandes wegen ungenügender Beitragszahlung von der Auskunftsberufung im Arbeiterssekretariat ausgeschlossen wurden. Der Delegierte dieses Verbandes griff den Vorstand des Kartells deshalb scharf an und wurde darin von dem Delegierten der Maurer, der die Kassenerführung kritisierte (der Kartellkassierer hatte einige Ausgaben ohne vorherige Genehmigung des Vorstandes gemacht), unterstützt. Da der Streit auf das persönliche Gebiet übergang, versuchte der Delegierte der Maurer seinen Verband zum Austritte aus dem Kartell

zu bewegen, womit er jedoch kein Glück hatte. Unjre Versammlung beschäftigte sich mit diesen Vorgängen und wandten sich die meisten Redner scharf sowohl gegen den persönlichen Streit, wie gegen den Versuch einer Zersplitterung der Arbeiterschaft. Eine Maßregelungsangelegenheit rief sodann eine längere Debatte hervor. Der Vorstand vertrat die Ansicht, daß ein Beweis für die Grundbedingungen der Maßregelungsentscheidung nicht erbracht sei, wenn auch die von der Geschäftsleitung gegebene Erklärung an Klarheit zu wünschen übrig ließ und der Entlassungsgrund nicht gebilligt werden könne; die Versammlung war jedoch anderer Meinung und erklärte den Kollegen für genehmigt. Der Vorsitzende machte sodann noch darauf aufmerksam, daß die Bestimmung im Tarife, nach der Gehältern im ersten Geschäftsjahre, sofern sie sich nicht mehr beim Lehrprinzipale befinden, das Minimum von 18 Mk. (einschl. Sozialzuschlag 20,70 Mk.) erhalten können, für Breslau auf keinen Fall in Betracht komme.

Br. Halle a. S. (Maschinenmeisterverein.) Die am 8. September abgehaltene Versammlung beschäftigte sich zunächst mit der Rechnungslegung über die am 28. August stattgefundenen und gut besuchte Druckausstellung. Da uns aus dieser sehr wertvollen Veranstaltung Kosten entstanden, welche unsern jungen Vereinen schwer fallen selbst zu tragen, so wurde der Bezirksvorstand um eine Beihilfe gebeten, aber leider mit der Motivierung abgewiesen, daß dann die anderen hiesigen Vereinsparteien dasselbe Verlangen stellen würden; auch werde dem Bezirksvereine durch derartige Veranstaltungen der Spezialvereine das reiche Arbeitsfeld entzogen. Daraufhin waren wir genötigt, die einleitenden Schritte betreffs Besichtigung der Kröllnitzer Papiermühle, welche wir demnächst ins Auge gefaßt hatten, dem Bezirksvereine zu überlassen. Sodann kam das Detleffsche Zurückverfahren, welches in einer hiesigen größeren Firma geprüft wurde, zur eingehenden Besprechung und Besichtigung. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Hamburg. (Maschinenmeisterverein.) Die am 17. September abgehaltene Versammlung erfreute sich eines guten Besuches seitens der Mitglieder und können wir es als ein gutes Resultat bezeichnen, daß ein Mitglied unsers Bezirks aus Stade anwesend war. Unter „Vereinsmitteilungen“ machte der Vorsitzende bekannt, daß neun Mitglieder konditionslos und zwei krank sind. Auf Antrag des Vorstandes wird die nächste Versammlung eine außerordentliche Generalversammlung sein und sich mit der Frage beschäftigen: Welche Vorteile kann der Maschinenmeisterverein seinen auswärtigen Mitgliedern bieten? Des fernern: Was hat zu geschehen, um den in der Provinz wohnenden Kollegen die Mitgliedschaft begehrenswert zu machen bzw. zu erleichtern, und zwar a) in bezug auf Rückvergütung der Fahrkosten, b) bezüglich des Abhaltens von Versammlungen? Ein Kollege brachte aus einer größeren Druckerlei folgenden Fall zur Sprache: In der betreffenden Druckerlei wird eine größere Arbeit periodisch hergestellt und haben zwei Kollegen dieselbe zu drucken. Beide arbeiten ohne Pausen zwölf Stunden in zwei Schichten, und zwar an zwei Maschinen mit Anlegeapparaten. Dabei bedienen diese Kollegen nebenbei noch eine weitere Maschine bzw. eine Harrispreffe, ferner lernen beide noch die Hilfsarbeiter zur Bedienung des Anlegeapparates an. Nach einer langen erregten Debatte wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung erklärt ihre entschiedene Mißbilligung über das Verhalten und die Arbeitsweise der beiden Kollegen und erwartet von ihnen, daß sie sich in Zukunft nicht einer gleichen Handlungsweise schuldig machen.“ Des fernern wurde der Vorstand angewiesen, falls dieser Warnung kein Gehör geschenkt wird, den Tarifbehörden Mitteilung zu machen. Beschlossen wurde ferner, das Vereinslokal in das Restaurant H. Böhmig, Großneumarkt 50, zu verlegen und daselbst in nächster Zeit einen Herrenabend abzuhalten. Der Zentralkommission sollen als Extrabeitrag 50 Mk. überwiesen werden.

Limbad i. S. Der Klub „Typographia Limbad-Weißha-Verfrohn“ beging am 17. September beim „Anton“ die Feier seines 1. Stiftungsfestes. Festessen, Ansprache und verschiedenes „Luftiges Alertei“ wechselten in bunter Reihenfolge miteinander ab und blieben die Teilnehmer bis zum frühen Morgen in fruchtbarster Stimmung beisammen. Mäße der dieser kleinen Gruppe von Verbandsmitgliedern innewohnende Korpsgeist auch einmal dazu beitragen, die vielen noch am Klage beschäftigten Nichtmitglieder unter die Fahne des Verbandes zu sammeln!

Rundschau.

Von einem neuen Rechtsstandpunkte konnte man kürzlich in einer Konstanzer Gerichtsverhandlung hören. Die Fälle, daß ein Vertreter der Staatsanwaltschaft einem Redakteur eine Behandlung zuteil werden läßt, die eine gerechteste Beledigung darstellt, sind leider keine Seltenheit. Solche Liebenswürdigkeiten können auf der Stelle erwidert werden, sie können aber auch — und das ist das Neue an dem Konstanzer Urteile — erst am andern Tage von dem Redakteur unter dem Schutze des § 193 Zurückweisung in der von ihm redigierten Zeitung finden.

Die Aufnahme von Inseraten in polnischer Sprache ist den preussischen Kreisblättern durch eine Anordnung des Ministers des Innern untersagt worden.

Schwindelhafte Zeitungsunternehmen sind in letzter Zeit nicht selten. Zweifelhafte Existenzen werfen sich zur Abwechslung auch auf das Zeitungsweesen und suchen hier die, so nicht alle werden. Ein wegen mehrfachen Betruges und wegen Urkundenfälschung vorbestrafter Kaufmann Otto G. aus Leipzig (selber wird in unserer Quelle der Name nicht vollständig angegeben) wollte in Dessau einen „General-Anzeiger für Anhalt“ herausgeben, kam aber schon deshalb nicht zur Ausführung seines Projektes, weil die Polizei ihn mitten in seinen Schwindelmannern durch Verhaftung störte. Ein Jahr und neun Monate Gefängnis und fünfjähriger Ehrverlust bilden nun die Anerkennung für die bereitete Dessauer Gründung.

Ein ungeheurer Kassierer war der Krankenkasse Harmonie in Leipzig der Faktor Wilhelm Rabünzel. Er unterschlug 6000 Mk. und verschaffte eine Privatunterkunft über 450 Mk. mit einer falschen Unterschrift. Die Veruntreuungen waren dadurch möglich, daß R. noch eine andre Kasse verwaltete, die Revisionen also nicht gleichzeitig stattfanden; die Gelber bei der einen wurden dann zum Ausweise bei der Revision der andern Kasse verwandt. Als Rettungsanker sollte dem Rabünzel die Lotterie dienen, Fortuna war ihm jedoch nicht günstig. Der geständige Angeklagte erhielt eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren und zehn Monaten.

Die vielgenannten Kriegsbriefe des Generals v. Freischmann, als Buch herausgegeben von der Tochter des verstorbenen Generals (Frau Lili Braun), hatte die „Mainzer Volkszeitung“ auszugsweise zu einem Artikel verwandt. Den heftigen Truppen werden darin Plünderereien usw. vorgeworfen. Urteil gegen den Redakteur Absetzung: 100 Mk. Geldstrafe.

Die D. Markenpolitik fand in der „Leipz. Volksztg.“ im November v. J. anlässlich der Affäre Biedermann insofern eine scharfe Beleuchtung, als das genannte Blatt wie andere bürgerliche Zeitungen von einem Artikel der „Pörschen Zeitung“ Kenntnis gab, welcher die Zustände in der dortigen Beamtenwelt besprach. Der Redakteur der „Pörschen Zeitung“ erhielt wegen dieses Artikels drei Monate Gefängnis, die ihm nachdringenden Blätter Geldstrafe bis zu 150 Mk. Freisitz nicht alle, denn in Leipzig wurde nur die „Leipziger Volkszeitung“ verfolgt, die anderen in Betracht kommenden Blätter blieben verschont. Der Staatsanwalt wollte den Redakteur Seger absolut mit Gefängnis bestrafen, das Gericht hielt jedoch 75 Mk. für eine angemessene Sühne.

Zum Bau von Arbeiterwohnungen bewilligte das Reichsamt des Innern 400000 Mk. in der Nähe der kaiserlichen Werk in Kiel.

Eine Widerlegung des militärischen Boykotts über Gastwirtschaften wird jetzt in Saasener Pfalz greifen. Der Verband der Saasener hat auf seine wiederholten Eingaben jetzt den Bescheid erhalten, daß den beiden sächsischen Generalkommandos vom Kriegsministerium die Ermächtigung erteilt ist, das Militärverbot über Gastwirtschaften, in denen sozialdemokratische Versammlungen stattfinden, auf diejenigen Tage zu beschränken, an denen solche Versammlungen abgehalten werden. Die betreffenden Wirte müssen aber den zuständigen Militärbehörden davon rechtzeitig Benachrichtigung zugehen lassen. Den Wirten soll also, diemal sich die nicht nach eigenem Willen und Wollen in Gute und Böse unterscheiden können, sondern je nach dem Grade ihrer Abhängigkeit den Schädigungen des Boykotts ausgesetzt sind, eine wesentliche Erleichterung ihrer Lage zuteil werden. Das ist gut und hoffentlich wird die Folge davon sein, daß die Säle allen Parteien und Vereinigungen zur Verfügung gestellt werden. Wenn auch die rechtzeitige Benachrichtigung der Kommandostelle und die entsprechende Verfügung derselben an die Truppenteile praktisch nur in kleineren Garnisonorten möglich ist, so bedeutet im allgemeinen der Erlaß des Kriegsministeriums einen Fortschritt, dessen man von Sachjen erfahrungsgemäß nicht gewärtig sein konnte.

Zu unserer nachmaligen Besprechung des Amsterdamer Kongresses in Nr. 111 wird uns mitgeteilt, daß bei Beratung der Maßfeier in der Vorbesprechung der deutschen Delegierten der einzige Vertreter des Maurerverbandes nicht anwesend, sondern zu dieser Zeit in der Generalkonferenzkommission tätig war.

Christlich-katholische Streikbruchmakler. In Nr. 109 veröffentlichten wir unter Rundschau eine uns von Kollegen Seite zugegangene Zuschrift, welche sich mit der in Nr. 104 gebrachten, aus dem „Correspondenzblatt“ übernommenen Notiz über Vermittlung von italienischen Streikbrechern durch die in Freiburg i. Br. erscheinende, für in Deutschland arbeitende Italiener bestimmte „Patria“ beschäftigt, und dieses Blatt von dem ihm durch das „Correspondenzblatt“ gewordenen Vorwurf zu reinigen sucht. Da wir die Enthüllungen des „Correspondenzblattes“ vollinhaltlich brachten, nahmen wir jene, ohne jedwedes Zutun unsererseits eingegangene Erwiderung ebenfalls auf. Wir fürzten und milderten sie an einigen Stellen, konnten aber über ihre Nichtigkeit umsoweniger in Zweifel kommen, weil der betreffende Kollege sich in einer andern Sache als sehr zuverlässig erwiesen hatte. Im vorliegenden Falle trifft das nun nicht zu, wie uns das „Correspondenzblatt“ überzeugt hat; wir sind getäuscht worden. Die „Tribuna“ in Rom brachte nämlich auf den von der Redaktion der Freiburger „Patria“ veranlaßten Rechtfertigungsartikel der Opera di Assistenza einen zweiten ihres Berliner Korrespondenten, welcher den Beweis erbringt, daß der Vorwurf der Streikbrechervermittlung durch die „Patria“ doch zu Recht besteht. Dieser Artikel lautet nun in der Hauptsache: Die „Patria“ verneint durch

ihren Redakteur, daß sie Annoncen, die sich auf die Anwerbung von Streikbrechern beziehen, aufgenommen habe. Ich werde demgegenüber die Wahrheit meiner Behauptungen beweisen. In der Nummer vom 5. Juli 1904 sucht Herr Karl Sander aus Güstrow (wo Streik ist) 25 Maurer; in der folgenden Nummer der „Patria“ wird das Inserat wiederholt, aber diesmal nicht bloß für 25, sondern sogar für 40 Maurer. In der Nummer vom 10. Juli erscheint ein Arbeitergesuch von 20 bis 30 Maurern für den Bauunternehmer Bentz in Pyritz (Reg.-Bez. Stettin), wo auch ein Streik vorhanden ist. Das Inserat wiederholte sich am 17. Juli nebst demjenigen aus Güstrow und noch einem dritten der Gebr. Beck in Offenbach, welche 15 bis 20 Maurer verlangen. In Offenbach und ganz Mitteldeutschland bestanden schon seit Monaten starke Differenzen zwischen Arbeitern und Unternehmern, so daß am 18. Juli die Generalauslösung eintrat. Die Zeitung „Der Grundstein“, welche nicht das Blatt einer politisch-sozialdemokratischen Organisation ist, sondern einer Gewerkschaft ohne politischen Charakter wie die Trades-Unions in England, protestierte, als sie sah, daß die „Patria“ sich allmählich zum offiziellen Organ der Unternehmer, die Streikbrecher gebrauchen, entwickelte, gegen dieselbe in der von Ihnen bereits mitgeteilten Form und der „Operaio Italiano“, das Organ der italienischen, in den freien Gewerkschaften organisierten Maurer, veröffentlichte am Kopfe der ersten Seite eine Warnung an alle Italiener, den Inseraten der „Patria“ keine Folge zu leisten, ehe sie nicht die Sachlage genau geprüft hätten. Diese Warnung, welche alle italienischen Arbeiterblätter wiedergeben, alarmierte die Opera di Assistenza degli emigranti und bewirkte, daß von da ab die „Patria“ die Liste der Streikorte nach der ihm seitens der christlichen Gewerkschaften mitgeteilten Liste zum Abbruche brachte, die aber unvollkommen ist, weil die christlichen Gewerkschaften nur über 99000 Mitglieder verfügen (und nicht 200000, wie der würdige Herr Caselli behauptet) und auch nicht an allen Streiks der über eine Million zählenden Mitglieder der freien Gewerkschaften beteiligt sind. Aber auch trotz der Publikation dieser Streikliste hört die „Patria“ nicht auf, die Arbeiter nach Streikorten einzuladen. Das ist so gewiß, daß noch in der folgenden Nummer vom 24. Juli ein Inserat um 30 Maurer nach Pyritz (wegen des Streiks) und ein solches um 100 Arbeiter für die Gebr. Stamm in Basel (und auch in Basel wird gestreikt!) zu finden war. Und damit nicht genug. Selbst nach allen Auseinandersetzungen in der deutschen Presse, selbst nach der Zustimmung, welche das Berliner Tageblatt, das sicher nicht als sozialdemokratisches Organ in Verdacht kommen kann, dem offenen Vorgehen der „Tribuna“ zollte, und nach dem Briefe, den der würdige Herr Caselli an Sie gerichtet hat, bleibt die „Patria“ unverbeßert und bringt in ihrer Nummer vom 4. September folgende Annonce: „Tüchtige Granitsteinhauer können in den Brüdern der Firma Riberle in Waldmühl (Baden) Arbeit finden.“ Und das gerade in dem Momente, als die Arbeiter der Firma Riberle in Waldmühl sich im Streik befinden! Was nützt es, daß die „Patria“ in einem Anfall von Gewissensscrupeln in der Nummer vom 4. März (vor sechs Monaten, wer denkt heute noch daran!) einmal die Mahnung schrieb, keine Arbeit anzunehmen nach Orten, wo gestreikt wird, wegen der damit verbundenen Prügeleigefahr? Was nützt es, wenn die „Patria“ jetzt, um sich weiß zu waschen, beginnt, eine nur teilweise Liste der Streikorte zu veröffentlichen? Das Uebel besteht nicht seit gestern und heute, sondern es besteht in der ganzen Tendenz des Blattes, in der fortwährenden Aufnahme von Streikbrechergesuchen; Inseraten, die sich oft unter der Form allgemeiner Arbeitergesuche von Stellenvermittlern verbergen — es besteht in der Propaganda, die die Pfaffen fortwährend von der Kanzel aus betreiben, daß die Arbeiter den Gewerkschaften fernbleiben und den unruhigen Elementen nicht folgen sollen, die durch Streik ihre Lage verbessern wollen — es besteht in der Aufmunterung, welche die Opera degli emigranti den Streikbrechern zuteil werden läßt, indem sie ihnen zum Troste ihre Emisjäre zuschickt, um sie zum Ausscharen zu ermahnen, wie in Bremerhaven, wo der würdige Herr Lupi 200 italienische Maurer aufsuchte, die die Arbeitsplätze von ebensoviele deutschen Streikenden einnahmen, sie über ihre armenigen Verhältnisse tröstete und sie zum Anshalten ermutigte. — Dieser Artikel erschien in der ministeriellen „Tribuna“ am 17. September, die an uns gerichtete und gebrachte Einwendung ging uns aber schon am 13. September zu, der Verfasser konnte also von jenem zweiten Tribuna-Artikel noch keine Ahnung haben; wir nehmen überhaupt an, daß auch er von dem Casellischen Rechtfertigungsartikel sich hat täuschen lassen. Bis heute (28. September) ist uns aber noch keine Bezugnahme auf jenen zweiten Artikel zugegangen und das sagt genug für uns. Das „Correspondenzblatt“ ist auch in der Lage, zu beweisen, daß die Behauptung des Redakteurs der „Patria“, es sei nur einmal ein beratiges Arbeitsgesuch in seinem Blatte erschienen und das sei nur veröffentlicht gewesen, unwarhaft ist; dieses Streikbrechergesuch nach Güstrow ist vielmehr siebenmal gebracht worden, verschwand überhaupt erst, als der Streik dort beendet war. Auf Grund dieser Anzeigen ist denn auch ein ganzer Trupp italienischer Maurer nach Güstrow gekommen, konnte aber abgeschoben werden durch die Streikenden. An der Hand weiteren Materials führt sodann das „Correspondenzblatt“ den Nachweis, daß die „Patria“ alles andere nur nicht die Förderung der Gewerkschaftsbewegung betreibt. Wenn wir nun zum Schluß jener Einwendung sagten,

für uns sei diese Angelegenheit hiermit erledigt, so ist das falsch verstanden worden. Wir, die den Streikbruch aufs schärfste verurteilen und seine Unterstellungen treffen zwischen mit Bewußtsein geübtem Streikbruche und anderem, brandmarken solche Streikbrechervermittlung wie von der „Patria“ praktizierte als noch schändlicher wie den Streikbruch selbst. Jene Schlussbemerkung galt vielmehr dem Einsender, welcher uns schrieb, er habe sich eigentlich an das „Correspondenzblatt“ mit seiner Widerlegung wenden wollen; diesem wollten wir damit sagen, wo die richtige Schmiede ist. Die Befürchtung des „Correspondenzblattes“, die christlichen Gewerkschaftsorgane könnten den „Corr.“ zum Kronzeugen für die Reinheit der Handlungen der christlichen Auswandererkommission reklamieren, teilen wir nicht; durch diese Zeilen dürfte sie überhaupt ganz hinfällig werden.

Die internationale Arbeiterassoziation wurde am 28. September 1864 auf einer internationalen Zusammenkunft in London gegründet. Am 1. November desselben Jahres wurde der von Karl Marx verfaßte Statutentwurf angenommen, womit die eigentliche Wirksamkeit begann. Die konstituierende Versammlung war hauptsächlich von Tradesunionisten besetzt, welche nicht für den Sozialismus eintraten, wohl aber das parlamentarische Wahlrecht haben wollten, um die gewerkschaftsfeindlichen Gesetze beseitigen zu können; die Entwicklung zum Sozialismus ging aber doch vor sich. Der Sturz der Pariser Kommune war jedoch die Ursache, daß sich die Arbeiter der einzelnen Länder entfremdeten; bei den romanischen Nationen machten sich anarchische Strömungen sehr bemerkbar, indes die konservativen englischen Gewerkschaftler schon die Sympathieerklärung des Generalrates der Internationalen für die Pariser Kommune mißbilligten. Im Jahre 1872 traten Marx und Engels dann zurück, der Generalkrat wurde nach Amerika verlegt. Das war das Ende der internationalen Arbeiterassoziation, der von deutschen Arbeitern nie mehr wie 1000 angehörten. Der 28. September war also ein Gedenktag an diese erste internationale Arbeiterverbrüderung.

Von der Ausperrung der Berliner Metallarbeiter und Gütler sind schon 2000 Arbeiter betroffen; da man mit der Ausperrung von weiteren 20 Prozent rechnet, werden die Arbeiter den Unternehmern zuvorkommen. Die Hirsch-Anderjochen machen gemeinsame Sache mit ihren Kollegen. — Der Streik der Tischler in Bremen ist nun durch eine allmähliche Lohnsteigerung usw. vorstehende Vereinbarung beendet.

Die Zigarrenarbeiterinnen Londons sind in einen Ausstand getreten. — Mehrere Tausend Weber streifen in Cholet (Frankreich). — Die Dockarbeiter in Marseille haben die von ihnen Delegierten bereits akzeptierten Bedingungen zur Wiederaufnahme der Arbeit abgelehnt. Jaurès wie auch die Regierung sind nun bemüht, die Dockarbeiter von diesem allgemein mit Verbilligung aufgenommenen Standpunkte abzubringen. — Der große Maurerstreik in Warschau endete mit teilweiseem Erfolge.

Gestorben.

In Berlin am 5. September der Seher Georg Dittbrenner, 23 Jahre alt — durch Erstickung; am 16. September der Drucker Wilh. Bekemeyer, 41 Jahre alt — Lungenanschuldung; an demselben Tage der Seher Otto Käppel, 27 Jahre alt — Lungenanschuldung; an demselben Tage der Seher Adolf Horn, 43 Jahre alt — Lungenanschuldung.

In Frankfurt a. M. am 20. September der Gießer Wilhelm Herzog aus Bieber bei Offenbach a. M. — Magenleiden.

In Göteborg (Schweden) am 8. September der Seher J. Viktor Nilsson, 68 Jahre alt.

In Potsdam in der Brandenburgischen Provinzialanstalt für Epileptische am 23. August der Seherinvalide Gustav Müller aus Spremberg (P.-L.), 42 Jahre alt.

Briefkasten.

H. J. in Wiesbaden: „Technisches Wörterbuch der graphischen Branchen“ von Max Fellnig. H. Hartlebens Verlag in Leipzig. — N. R. in Gera: Weil es für die Allgemeinheit kein Interesse hat. Da Sie die Sache durch alle Instanzen und sogar vor die Generalversammlung bringen wollen, erleidet sich eine Behandlung im „Corr.“ — Sz. B.: 1. Dazu ist der Prinzipal nicht berechtigt, nur für die beiden letzten Wochen. 2. Nein. Sie ist Ihnen auszuhandigen. — M. in Regensburg: Bestehen in besagter tarifreuer Firma solche Zustände, ist es Ihre Pflicht, sich an die zuständigen Instanzen, d. h. vor allem an den Gehilfenfreisverreter zu wenden. — S. in Oldenburg: 1,65 Mk. — W. F. B.: 1,05 Mk.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 20, Chammisplatz 5, III.

Bekanntmachung.

Bei Konditionsangeboten im Inlande wie im Auslande haben die Mitglieder im eignen Interesse unter allen Umständen bei den zuständigen Verbandsfunktionären Erkundigungen über die tariflichen Verhältnisse einzuziehen. Im Unterlassungsfalle haben die Betreffenden die hieraus entstehenden Konsequenzen sich selbst zuzuschreiben. — Bei Konditionsangeboten nach dem Auslande sind Anfragen an die Zentralverwaltungen zu richten und zwar für: die deutsche Schweiz an Emil Pfister, Bern, Frickhof 41;

die romanische Schweiz an Marius Corbaz, Lausanne
Chalet du midi, chemin Jurigoz;
die italienische Schweiz an F. Balocchi, Lugano, Via
nuova 13;
Etsch-Bohringen an Alphons Schmoll, Straßburg, Lange-
straße 146;
Oesterreich an Franz Reismüller, Wien VII/1, Ziegler-
gasse 25, 4. Stiege, II. Stod 33;
Belgien an Willy. Sarhage, Place de la Duchesse 6, Brüssel;
Lugan an Berner Desjö, Budapest VI, Hunyadi-ter 3;
Preßburg an Samu Bövy, Preßburg, Michaelergasse 16;
Holland an S. Hols, Amsterdam, Bloemstraat 60huis;
Tänemark an Viktor Peterjen, Kopenhagen, Nybrogade 12K.
Berlin.

Der Verbandsvorstand.

**Berein der Berliner Buchdrucker und Schrift-
gießer.** Mittwoch den 5. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:
Vereinsversammlung im Gewerkschaftshaus, Engel-
ufer 15.

Württemberg. Wegen Nichtanerkennung des Tarifes
sind für Verbandsmitglieder gesperrt die Buchdrucker
von Karl Schnabel in Ludwigsburg, Warden-
schlager und Enßlin & Raiblin in Neutlingen,
Schnürlein in Tübingen.

Bezirk Meisse. Unre zweite diesjährige Bezirks-
versammlung findet Sonntag den 23. Oktober im
Restaurant „Zum Eiskeller“ in Dypeln statt. Etwaige
Anträge sind baldigst an den Bezirksvorsitzenden Emil
Pjandt in Meisse, Breslauerstraße 5/6, einzureichen.

Friedberg-Bad-Kaufheim. An Stelle des bisherigen
Vorstandes wurde Kollege Wilhelm Schmidt, Friedberg,
Kaiserstraße 19, zum Vorsitzenden und Kollege Wichmann,
Friedberg, zum Schriftführer gewählt.

Hannau a. M. Die Wohnung des Vorsitzenden Her-
mann Salomon befindet sich von jetzt ab: Brücken-
straße 4, p.

Zuozrazlatu. Die Adresse des Vorsitzenden lautet
von jetzt ab: A. Zaborowski, Nikolaistraße 15.

Mainz. (Maschinenzecherklub.) Die Wohnung des
jetzigen Vorsitzenden Karl Weyrich befindet sich Mar-
garetenstraße 10.

Mülheim (Ruhr). Die Adresse des Vorsitzenden lautet
ab 1. Oktober: Jakob Schumacher, Auguststraße 12.

Zur **Aufnahme** hat sich gemeldet (Eintreibungen)
sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an
die beigelegte Adresse zu richten:

In **Landshut a. W.** der Seher Albert Krüger,
geb. in Frankfurt a. O. 1875, ausgl. in Küstrin 1894;
war noch nicht Mitglied. — Franz Beyerstorff in Frank-
furt a. O., Blumenstraße 5.

Arbeitslosen - Unterstützung.

Nachen. Die Herren Verbandsfunktionäre werden
gebeten, dem Seher Willy Nagel aus Berlin (Haupt-
nummer 48397) 3 Mk. in Abzug zu bringen und portofrei
an den Kollegen E. Hangan, Bismarckstraße 188,
einzusenden.

Stensburg. Der Seher Martin Friedrich Jäger
aus Brake hat in Linz a. Donau sein Luittungsbuch
(Schleswig-Holstein 1208) verloren. Denselben wurde
ein neues Buch (Schleswig-Holstein 1257) ausgestellt.
Der etwaige Finder des Buches wolle dasselbe umgehend
an Ad. Beyer in Berlin SW 29, Schamissoplatz 5, III,
einsenden.

Dsnabrück. Die Reiseunterstützung, auch an Aus-
gesteuerte und Nichtbezugsberechtigte, wird nur auf dem
Bekehr ausgezahlt.

Schweinfurt. Die durchreisenden Kollegen werden
darauf aufmerksam gemacht, daß das Biatikum von jetzt
ab nur in der Zeit von 12 bis 1 Uhr mittags bei dem
Kollegen Konrad Spieß, Neue Gasse 7, ausgezahlt wird.

Adressenverzeichnis

der Gauvorsteher und -kassierer, Bezirksvorsteher und -kassierer
bzw. Vertrauensmänner des V. d. B.

Zur Beachtung! Die erste Adresse hinter dem Ortsnamen ist die des
Bezirksvorstehers resp. Vertrauensmannes, die zweite die des Kassierers.

Bayern. Vorort München: Gauvorst. Josef Seig. Gau-
kassierer Ludw. Joeltzsch. Bureau: Auenstraße 22, I. L. —
Ansbach: M. Delz, Bergstraße 19, Hans Klingler,
Fischstraße 4. Augsburg: Michael Wipfler, r. d. W.,
Weienstraße 6, II, Philipp Schmid, Zimere Ufer-
straße 17/o III. Bamberg: Emil Klein, Ebelstraße 7,
Erhard Müllisch, Schiffbauplatz 2e, III. Bayreuth:
Josef Köhler, Kreuzstraße 42 1/2. Donauwörth:
Max Reinold, Bahnhofstraße 106, Josef Rudolph,
Kugelplatz 118. Erlangen: Karl Gsm, Thalfstr. 1, III,
Alois Haas, Neue Straße 28. Freising: F. Stampf,
Obere Hauptstr. 155, II, Jos. Strebler, Fabrikstr. 86.
Fürth: Friedrich Scherz, Vogenstr. 9, Paulus Graft,
Möhrenstr. 24. Hof: Heinr. Bechtel, Theresienstr. 14,
Christian Köppl, Untere Friedrichstr. 21, II. Kauf-
beuren: Joh. Baader, Ludwigsstraße 127, II, Ernst
Gymann, Oberbeuren 21 1/2. Kempten: Anton Koch,
Geiellenweg E 93, A. Dyrnegger jun., Johanns-
brüde A 19. Künzbad: Ernst Werk, Reiberg 7,
L. Drechsler, Obere Ludwigstraße 1. Landsberg a. L.:
F. M. Huber, Englischer Garten 1. Landsbut:
C. B. Koller, Kirchgasse 248, S. Mainold, Alt-
stadt 295. Memmingen: Hermann Endriß, Buch-
fortsetzung auf der letzten Seite.

Selbstständigkeit!
Anfängern gewährt Gelegenheit und erleich-
terung bei Etablierung
Friedrich W. Hinkel, Berlin O 27
Schillingstraße 12 [429]
Maschinenfabrik und Druckeri-Geschäft.

Tüchtiger Akzidenzseher
wird sofort gesucht. Werte Offerten mit Ge-
haltansprüchen und Zeugnisabschriften erb.
an **Reinhold Hubelt, Zeig.** [859]

I bis 2 Akzidenzsetzer
in mathematischem Satze erfahren, finden für
8 bis 10 Wochen Anstellstelle. Nur süddeutsche
Bewerber wollen sich melden. [862]
Otto Bachmann, Saugau (Würtbg.).

Zu einer größeren Buchdruckerei in der
Nähe Leipzigs wird für dauernde Stellung
ein im Werk-, Platten- und Illustrations-
drucke durchaus erfahrener

Maschinenmeister
gesucht. Anverbietungen unter genauer An-
gabe der bisherigen Stellungen vermittelt
unter Chiffre A. A. 847 die Geschäftsstelle d. Vt.

Zuverlässiger, tüchtiger
Flachstereotypenr
der auch im Fertigmachen von Kistchen be-
wandert ist, für dauernde, eventuell Lebens-
stellung gesucht. [853]
Z. Ch. Zanher, Nürnberg.

Ein tüchtiger
Stereotypenr
der auch mit der Bedienung der Notations-
maschine vertraut ist, zum alsbaldigen Ein-
tritte gesucht. Werte Offerten mit Angabe
des Alters und der Gehaltsansprüche erbeten
an **Friedrich Schräfer, Obermaschinenmeister,**
Bdr. Hofbuchdruckerei **Hilv Bahn & Co.,**
Mannheim. [855]

Rundstereotypenr
flotter Ausseher, militärfrei, 25 bis 30 Jahre
alt, keinesfalls jünger, per sofort von täglich
erscheinender Morgenzeitung gesucht. Beste
Offert. nebst Gehaltsansprüchen unter F. 3070
an **Hausenstein & Vogler, W.-G., Leipzig.**

Rund- u. Flachstereotypenr
selbständiger Arbeiter, der tadelloso Platten
steuert und mit dem Zirkel etwas Bescheid
wird, per Anfang Oktober für eine Zeitungs-
druckerei gesucht. Werte Offerten an die
Druckerei der **Volkstimme, Dr. Münzstr. 3,**
Magdeburg, erbeten. [861]

Bei uns sind mehrere Stellen **vorgemerkt**
für **Schiffseher,** welche mit der
Flachstereotypie
vertraut sind. Geübte Herren werden um
sofortige Bewerbung gebeten. [876]
Maschinenfabrik Kempwerk, Hienberg.

Verein Berliner Korrektoren.
Ersuche die deutschen Korrektoren, welche gewillt sind, dem Vereine beizutreten,
ebenso auch diejenigen, welche dem Vereine Deutscher Korrektoren angehören und in
den obigen Verein übergehen wollen, mir Ihre Adresse, die letzteren auch Tag des
Eintrittes in den V. d. K., gefälligst mitteilen zu wollen, ebenfalls die
Berliner Kollegen, welche bisher noch keiner der beiden Berliner Vereinigungen an-
gehört haben. [871]
Berlin, 28. September 1904. **Franz Albrechts,** Vorsitzender,
Berlin W 30, Neue Winterfeldtstraße 3.

Gesangverein „Gutenberg“, Oldenburg i. Grossherzogtume.
Sonntag den 9. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Hotel „Zum Lindenhof“:
Feier des 25jährigen Stiftungsfestes
wozu die Kollegen der umliegenden Druckorte freundlichst einladet
Der Vergnügungs-Ausschuß. [863]

L. Blumenfeld
Mechaniker und Optiker
Berlin NW 6, Karlstrasse 26.
Fernspr.-Amt III, 1242.
Lieferant der Ortskrankenkasse der Buchdrucker und anderer
Ortskrankenkassen, empfiehlt sein reichhaltiges Lager von Brillen, Pincoez und allen sonstigen
optischen Artikeln. — Spezialität: Anfertigung von Brillen und Pincoez genau nach ärztlicher
Vorschrift. Eigene Werkstatt im Hause. — Angehörige von Mitgliedern der Ortskrank-
kasse der Buchdrucker erhalten 10 Prozent Rabatt. [860]

**Tüchtiger
Pinotypeseher**
vierjährige Praxis, vollständige Kenntnis
des Mechanismus der Maschine, leistungs-
fähig, wünscht sich zu verändern. Werte
Offerten mit Angabe des Gehaltes usw. an
die Geschäftsst. d. Vt. unter K. 865 erbeten.
Eintritt 14 Tage nach Engagement.
Herren Wen. z. Nachr., daß val. Maschin-
u. Seherf. bef. ist. **Fr. Schütt,** Buch- u. Kunstdr.

Arno Etzold
Gera (Reuss)
Fabrik für
**Berufskleidung
und Wäsche aller Art**
für Maschinisten,
Schlosser, Maler, Fleischer,
Buchdrucker usw. [48]
Katalog franko.

Stereotypenr u. Galvanoplastiker
Die Kollegen werden in eigenem Interesse
wiederholt darauf aufmerksam gemacht, bei
Sonditionsangeboten nach Berlin immer erst
Erkundigungen einzuziehen beim Vorsitzenden
E. Schellbach, Tempelhof-Werlin,
Friedrich Wilhelmstraße 15. [806]

**Technikum
für Buchdrucker**
Bildungsstätte für jüngere Buchdrucker und
Söhne von Buchdrucker-Besitzern, welche
sich allseitige technische Bildung aneignen
wollen, um den Anforderungen, welche die
Neuzeit an den Faktor oder den Leiter einer
Buchdruckerei stellt, gerecht werden zu
können. Gehilfen, welche diesen Kursus
mit Erfolg absolviert haben, werden ev.
Stellungen nachgewiesen. Prospekte so-
wie Lehrpläne durch die Geschäftsstelle,
Leipzig-R., Senefelder-Strasse 15.

Kownoer Zigaretten
echt. Königsberger, 25 Pf. renommiertor Häuser.

ZIGARREN-IMPORT
Kautabake Rummelsburg
(Hunewacker). **Max Gölfert**
Viktoria-Platz 3.

**Tabakarbeiter-Genossenschaft
Hamburg 6.**
120 Sorten Zigarren im Preise von 31 bis
170 Mk. pro Millo. —
Hochfeine Qualitäten in Vorsteland-, Su-
matra-, Brasil-, Mexico-,
Manila- und Havana-Zigarren.
Preislisten stehen zur Verfügung.

Gutenberg in seiner Werkstat.
Kunstblatt in Stahlstichdruck
nach einem Kupferstich von Eugene
Ernst Hiltenrader. Bildgr. 24:17.
Papierge. 40:32 cm. Preis nur 1 Mk.
Verpackung und Porto 20 Pf.
Graphische Verlagsanstalt, Halle-Saale.
Graph. Anzeiger gratis und franko.

Chiel's Lichtbilder-Demonstrationen!
Konkurrenzlos, hochinteressante Neuheit!
Verbands- u. Kartellfunktion. z. geist. Nachr.
daß sich 2. Oktoberwoche Westfalen u. Rheinland
beizuge, 3. habe für Gau Witterbein frei. Ende
Okt. für Oberhein u. Württemberg. Prospekt
sende sofort und erbitte dringend umgehende
Bestellung! **Karl Chiel, Aassel-W.,** Weststr. 8.

GRAPHISCHER HUMOR
Illust. humoristische
Halbmonatsschrift
für die
graphischen Gewerbe
Berlin W.-Schöneberg 1
Abonnementpreis
60 Pf. pro Quartal
Probe-Nummern gratis.

Dresden-Löbtau-Nausslitz usw.
Hierdurch allen werten Kollegen die Mit-
teilung, daß wir am 1. Oktober das
Restaurant „Zur Linde“
in **Hauptst. (Geftr. Linie Postfab- Wösmith**
10 Pf.) über. haben. Durch Schaffung einer
begiebigen **Kollegende** soll Gelegenheit ge-
geben werden, sich über jede Wunde, Tarif
und Tarifgemeinschaft geübrig ausprechen zu
können. Zudem wir für hochweine Wrede usw.
bestens zu sorgen verprechen, haben zum Be-
suche ein **Joseph und Josephindun.**

**„Guten- Dresden. Gärtner-
berg“** gasse 8.
Treffpunkt liefiger und auswärtiger Kollegen.
Gute Speisen u. Getränke. Wilmersf. Bed.
Jeden Sonnabend und Sonntag mittal.
Unterh. Es ladet ein **Har Heyner u. Fran.** [807]

Die verehrl. Vertrauensmänner werden ge-
beten, die Adresse des Druckers **Hilgard
Wieland** aus Halle a. S. unter Nr. 888 an
unser Geschäftsstelle mitzuteilen.

Die Geburt eines Fräulein [864]
zeigt an **Oratoriens**
Mitgliedschaft Sangerhausen.

Richard Härtel, Leipzig-R.
(Inhaberin: Klara verw. Härtel)
Kohlgrabenstrasse 48
liefert Werke aller Art zu Ladenpreisen franko.
Bestellungen nur direkt per Postanweisung erret.
Die typogr. **Ränonene.** Verkauf einer Ge-
schichte der Sebmashinen. 1. Heft. Die
verschiedenen nichtmaschinellen Satzbedeu-
nungsverfahren. Von Höger. 1 Mk.
Stereotypen-Gießerei. Von Jermann. 2 Mk.
Geb. 3 Mk.
Praktische Winte für Maschinenmeister usw.
Von Jos. Schorer. 1 Mk.
Aus eigener Kraft. Geschicht eines Gewerk-
vereins (Wiener Buchdruckerverein). 450 Mk.

bruder. München: Drickvorstehender Jos. Seig, Drick-
fassierer Ludw. Joellsh. Bureau: Auenstr. 22, I. I. Nörd-
lingen: W. Stengel, Herrengasse B 111, H. Ginfen-
hofer, Bauhofstr. C 225. Nürnberg: Fr. Hofen,
Deutschherrenstr. 29, IV, F. Stumpner, Untere Krämers-
gasse 15, III. Passau: Jos. Höchtle, Innstadt, Löwen-
grube 104, III, Franz Lieb, Altstadt, Jesuitengasse 121, I.
Regensburg: Jos. Meier, Reinhäuser bei Regens-
burg, Hans 174, Franz Schmid, Reinhäuser bei Regens-
burg, Hans Nr. 190/1, N. Ottenberg o. L. M. Will-
farth, Alter Stadtgraben 302, G. Berlinger, vorm Klingent-
hor. Schweinfurt: Theodor Henness, Kirchgasse 11,
Friedrich Weichsel, Rittergasse 12. Straubing: Eugen
Peller, Heerstraße 654, Christian Eder, Stadtturm-
gebäude. Würzburg: Hans Hemmerich, Wagner-
straße 26, part., Hans Schöffel I, Brüdnerstraße 9, I.
Berlin. Gausvorst. Alb. Wajasin. Gausf. Frz. Stolle.
Bureau: S 42, Ritterstraße 88, I.

Dresden. Gausvorst. Heinrich Wendische, Wachsbleichgasse 8.
Gausf. Hermann Steinbrück, Mathisenstraße 7, I. —
Baugen: Th. Willmann, Mühlauerstr. 19, I, Oskar Bern-
hardt, Tuchmacherstraße 5, I. Döbeln: G. Drechsler,
Alberstr. 20, I, E. Herrmann, Wappenhäuserstr. 1, II.
Freiberg: Oskar Appelt, Frauenfeinstraße 31, p.,
Kwlad Köhler, Chemnitzstraße 274 (Ferneisen).
Meißen: Chr. Kung, Baderberg 4, Th. Wiltner,
Fischergasse 23f. Pirna: Paul Wey, Köpzig 6, Pirna,
An der Elbe 4, Jakob Goryphowitsch, Lauterbach-
straße 4, III. Ritzau: Max Steudner, Friedländer-
straße 21, M. S. Baumann, Frauenhofstraße 35.

Erzgebirge-Bohtand. Vorort Chemnitz: Gausvorst.
C. W. Stoy, Amalienstr. 41, II. Gausf. Otto Dähmel,
Jahnstr. 7, part. Chemnitz: Karl Meyer, Post-
straße 53, IV, Bruno Sahn, Nachbürgerstraße 37, II.
Plauen: Hellmuth Klute, Weidstr. 8, II, Richard
Schulze, Reihigerstr. 11, I. Zwickau: Paul Pöjer,
Leisingstr. 30, Hermann Krasser, Glandauerstr. 56, II.

Frankfurt-Oeffen. Vorort Frankfurt a. M.: Gaus-
vorst. C. Dominé, Wielandstr. 2, III. Gausf. Karl Neus,
An der Schmidtstraße 7, I. — Frankfurt a. M. (Stadt):
Phil. Guntbar, Heidestr. 50, IV, P. Koppe, Vorling-
straße 3, III. Gießen: Aug. Holland, Schulstraße 11, II,
Adolf Henkel, Eberstraße 4, III. Kassel: Konrad
Engelbach, Kaitenstraße 12, II, Jean Schaaf, Betten-
häuserstraße 14, II. Offenbach a. M.: Otto Schulze,
Biebererstraße 69, Heinz Stein, Domstraße 16, II.
Marburg: G. Weber, Marbacherweg 46a, A. Knopf,
Meißergasse 6.

Hamburg-Altona. Gausvorst. W. Dreier, Hamburg-
Eimsbüttel, Schulweg 42, IV. Gausf. A. Demuth,
Kaiser Wilhelmstraße 40, I.

Hannover. Vorort Hannover: Gausvorst. Gg. Klapproth,
Kalenbergerstr. 18. Gausf. Stellvert. Th. Ehrhardt,
Braunschweigerstraße 7, I. — Braunschweig: Rob.
Schwette, Hinter der Mäsch 1a, III, G. Nicolai,
Rennelbergstr. 5, I. Göttingen: G. Bornemann, Obere
Karppüle 9, Alb. Lüdecke, Reinhäuser Chaussee 24, III.
Hannover (Stadt): Emil Fritzsche, Mertenstraße 29, IV,
Kass.-Stellvert. Th. Ehrhardt, Braunschweigerstr. 7, I.
Hannover (Bezirk): Karl Rosenbruch, Detmoldstr. 11,
Kass.-Stellvert. Th. Ehrhardt, Braunschweigerstr. 7, I.
Hilbeheim: Aug. Hausmann, Kaiserstr. 29, G. Damm-
bauer, Goethestraße 44, I. Lüneburg: R. Sasse, Salz-
straße 17, I, Fr. Mayer, v. Sternsche Buchdruckerei.
Osnaabrück: Heinrich Sandorf, Suttthauerstraße 99,
G. Brück, Bohmerstraße 19, III.

Leipzig. Gausvorst. Karl Engelbrecht. Gausf. Wlth.
Mitsche. Bureau: Brüderstr. 9, I.

Mecklenburg-Lübeck. Vorort Schwerin: Gausvorst.-
Stellvert. Fern. Schmidt Schlotter, Johannestr. 16, II.
Gausf. R. Wolz, Bergstraße 7, I. — Güstrow:
Max Biedenweg, Hoffstraße 9. Lübeck: D. Jandke,
Pelzerstraße 27, I, Johs. Kövner, Eitenstraße 26, p.
Neufreilich: Haus Pittroff, Hohenziererstraße 6,
Kemo Behrends, Sassenstr. 8. Rostock: E. Werner,
Patriotischer Weg 61, G. Gelf, Margarethenstr. 35, III.
Schwerin: L. Kirchmeyer, Werderstr. 3, II, rechts,
E. Lingner, Johannisstr. 21. Wismar: G. Schumacher,
Groschmiedestraße 29, I.

Wittlichheim. Vorort Ludwigshafen a. Rh.: Gausvorst.
Heinr. Fuchs, Mannheim, Pflügersgrundstr. 18. Gausf.
Heinr. Huber, Mannheim U 6, 24, Vorderb. IV. —
Darmstadt: Alwin May, Schwabenstr. 2, Fr. Wöhme,
Oberstadt 6, Darmst., Neue Darmstädterstr. 74. Hanau:
H. Moritz, Bruchföbelerlandstr. 8, A. Nautenber, Fische-
hüttenweg 8. Heidelberg: R. Schneider, Obere Neckar-
straße 11b, Fr. Kething, Pfaffenstraße 12. Kaisers-
lautern: Math. Et. Furrstr. 8, Phil. Schneider, Wpfel-
straße 5. Landau (Pfalz): Paul Werfel, Marktstr. 32,
Herm. Fleischhauer, Kirchr. 6. Ludwigshafen a. Rh.:
Emil Gerlich, Magstraße 65, Herm. Lampe, Heini-
gstraße 31. Mainz: Heinr. Beech II, Rheinallee 13,
Wlth. Böttiger, Bingerstr. 8. Mannheim: R. Lauffer,
4. Querstr. 17, IV, Nikol. Gerberich, 3. Querstr. 43, IV.
Neunkastel a. d. Rh.: K. Holzgäfel, Rathausstr. 24,
Wlth. Mayer, Klemmhof 1. Pirmasens: Fr. Becker,
Sinterstraße 10, Jak. Herzog, Bahnhofsstraße 41.
Saarbrücken-St. Johann: C. Madenack, Saar-
brücken, Gärtnerstraße 23, G. Ph. Wolf, Saarbrücken,
Deutschherrenstraße 11, II. Speier: Friedrich Graf,
Ambrusstraße 16, Heinr. Köhler, Curichgasse 4.
Trier: Mik. Herrig, Kapellenstraße 26, Mik. Witz,

Jüdemersir. 29, II. Wiesbaden: Jul. Braun, Jahn-
straße 19, Franz Bertina, Schachtstr. 24, Vorderb. I.
Worms: Viktor Hehle, Wallstr. 7, II, Heinrich Eber-
hard, Wallstraße 7, part.

Worms. Vorort Bremen: Gausvorst. A. Rosen-
lehner, Voltmerstraße 73, Gausf. Ant. Weber,
Weizenkampstr. 16. — Bremen: Josef Döfla, Weizen-
beid 32, G. Dähn, Buchstr. 29a. Oldenburg:
H. Meidhard, Radorstr. 40a, H. Varr, Radorstr.
straße 100. Ostfriesland: Joh. Preuß, Meer, Kirchr. 47,
D. Grund, Leer, Alte Marktstraße 46. Weser-Elbe:
Fr. Niemann, Bremerhaven, Mittelstr. 7, Gust. Gohel,
Gestemünde, Gartenstraße 32.

Oberhein. Vorort Freiburg i. Br.: Gausvorst.-Stell-
vert. Karl Lindenlaub, Jahnstr. 101. Gausf. Friedr.
Hofriedrich, Moltkestr. 36. Baden: Emil Nichtenberg,
Dorfweuern 16b, Andr. Uttenhöfer, Weinbergstraße 18,
Freiburg i. Br.: Ludwig Müller, Ludwigstraße 10,
Nik. Jacobi, Lehenerstraße 20, II. Karlsruhe (Be-
zirk): F. Kirßen, Sophienstraße 11, part., Wlth. Hof,
Morgenstraße 43, II. Karlsruhe (Stadt): Josef
Breuer, Kirchr. 25. Konstanz: Chr. Holz, Scheffel-
straße 11, Karl Gühr, Zogelmannstr. 12. Lahr: Mik.
Fjele, Friedrichstraße 22. Lörrach: Fr. Meßner,
Stetten b. Lörrach Nr. 7, Aug. Feusler, Baslerstr. 27.

Oder. Vorort Stettin: Gausvorst. Jos. Kirchner, Väder-
berg 19. Gausf. W. Wila, Birkenallee 40, I.
Brandenburg a. H. (Bezirk): Otto Senke, Plauer-
straße 14, II, Otto Zimmermann, Untenbergr. 15.
Brandenburg a. H. (Stadt): Alb. Schulenburg,
Nikolaistraße 23, Wlth. Jordan, Nikolaistraße 19, II.
Frankfurt a. O.: Franz Beyersdorff, Blumenstr. 5,
Otto Müller, Oberstraße 5, II. Köslin: Karl Thobold,
Dorotbeckenstraße, Albert Schwieger, Nojenstraße 15.
Kottbus: A. Beck, Burgstraße 22, I, Jul. Greimann,
Welleonstraße 13. Neuruppin: Rud. Vogler, Kloster-
straße 23, Wlth. Schulz, Kommissionsstraße 2. Stettin
(Stadt): Wlth. Niebebe, Pöhligerstraße 86, Hof I, rechts,
Aug. Langer, Auguststraße 7, linker Seitenflügel III.
Stettin (Land) und Stolp: Wlth. Wila, Stettin,
Birkenallee 40, I. Stralsund: Fern. Wietze, Tribster-
Vorstadt, Steinwischstr. 1, A. Bamberg, Frankenstr. 42, part.

Osternand-Züringen. Vorort Weimar: Gausvorst.
F. Palm, Büttesiederstraße 50. Gausf. Gustav Hille,
Etersburgerstr. 13. — Altenburg: F. F. Schießer,
Klopplan 24, III, D. Kahnt, Geraerstraße 45, II. E. r-
furt: L. Stange, Moltkestr. 20, III, E. Sonnenstaedt,
Auenstraße 30, II. Gera: W. Breint, Rauberstraße
14, Ernst Schubert, Ludwig Jahnstraße 16, II.
Gotha: Otto Wollfarth, Seebachstraße 30, Karl Balz,
Friedenerstraße 13b. Jena: Adolf Wolf, Buchdr.
des Jenaer Volksblattes, Rud. Scheffel, Waldgäßchen 76.
Koburg: Alb. Müller, Seidmannsdorferstr. 36, Chr.
Reich, Proßgrund 21. Naumburg: Fr. Fuhrmann,
Schulstr. 33, D. Teichmann, Wiesenstr. 1a. Weimar: R.
Helmholz, Wapdorfstraße 20, I, M. Schreiner, Wapdorf-
straße 12, II.

Pfurren. Vorort Königsberg i. Pr.: Gausvorst.
G. Köhler, Alexanderstr. 6. Gausf. M. Wittenberg,
Dorfstr. 96, Vorderb. II (vom 8. Oktober ab: Königs-
straße 93, Gartenb., Eing. A, IV. Braunsberg:
H. Fischer, Altstadt, Langgasse 149, G. Rabau, Markt-
straße 61. Königsberg i. Pr.: Heinrich Köhler,
Alexanderstraße 6, D. Stevode, Sachheim, rechte Straße
121, II. Memel: Karl Senke, Polangenstraße 36, I,
D. Drevs, Wiesenstr. 10a. Tilsit: Max Renkewitz,
Stiftstr. 3, III, Franz Origat, Garnisonstr. 21, Thor-
weg III.

Posen. Vorort Posen: Gausvorst. Felix Wagner, O 1,
St. Martinstr. 37, Hinterhaus III. Gausf. W. Klossel,
O 1, Königsplatz 5, Gartenhaus 3, Eing. III. —
Bromberg: Bruno Ziehl, Bromb. = Schwedenhöhe,
Schubinerstr. 9a, Otto Kinschick, Bromb.-Schritters-
dorf 8. Posen: Felix Wagner, O 1, St. Martinstr. 37,
2. Eing. III, W. Klossel, O 1, Königsplatz 5, Garten-
haus, 3. Eing. III.

Rheinland-Westfalen. Vorort Essen (Ruhr): Gausvorst.
R. Grafmann. Gausf. Ewald Müller, Bureau:
Heinrichstr. 8. — Aachen: A. Wilms, Adalbert-
straße 55, E. Haugen, Wismarktstraße 188. Barmen:
Karl Klintau, Wöbigerstraße 7, G. Richardt, Hoch-
straße 19. Bielefeld: D. Witrow, Hermannstraße 61,
I. Hüngh, Weidensstr. 1. Bochum: Emil Albrecht,
Wiemelhauerstraße 33, F. Pruda, Mühlenstraße 15.
Bonn: Th. Balbus, Bonn-Poppelsdorf, Burggarten-
straße 14, Jean Dmes, Bonn, Alter Heerweg 8. Dort-
mund: Heinr. Becker, Kleffstr. 5, I, G. Wierig, Klef-
straße 5, II. Duisburg: V. Hühbrind, Kammerstr. 141,
Heinr. Wimar, Heerstr. 2, II. Düsseldorf: Heinr.
Born, Brantlinstr. 60, I, W. Krone, Krudstr. 13, II.
Eberfeld: Bruno Drechsler, Wilhelmstraße 12, II,
A. Peiss, Oberstraße 5, part. Essen (Ruhr): Karl
Bockmühl, Müttenscheid, Amalienstr. 3, M. Adamczewski,
Salkenbergschw. 2. Hagen: L. Lorenz, Fleyerweg 1c,
Aug. Steinmann, Langestraße 28. Köln: Jean Hof-
kamp, Baubtrießplatz 14, Fritz Müller, Anterstr. 9. Kre-
feld: Gust. Wurmman, Blumenstr. 94, Matthias Wücher,
Hubertusstraße 7, II. Münster: Gust. Wetzler, Wols-
bederstraße 34, Karl Kistner, Sophienstraße 8.

An der Saale. Vorort Halle a. S.: Gausvorst. Emil
Hallupp, Jakobstr. 26, Hof III. Gausf. Chr. Döhl, Kleine
Klausstr. 7, II. — Dessau: Wlth. Müller, Dageinstr. 7, pt.,

Rob. Bödel, Heidestraße 95. Halberstadt: Heinrich
Krause, Hinter der Mühle 17, Albert Rottke, Feld-
straße 5, II. Halle a. S.: Hugo König, Harz 19, p.,
Chr. Döhl, Kleine Klausstr. 7, II. Magdeburg (Bezirk):
Oskar Heffelbarth, Magdeburg, Dvenstedterstr. 67, G. r. II.
Magdeburg (Ort): Paul Dutke, Cracau 6, Magdeb.,
Magdeburgerstr. 9, Ad. Reimert, Gr. Mühlenstr. 1a.
Zeig: G. Höfer, Weinbergstraße 8, P. Ehnert, Part-
straße 18, I.

Schlesien. Vorort Breslau: Gausvorst. Karl Siebler,
V., Zietenstr. 17, II. Gausf. F. Schlag, V., Gräb-
schenerstr. 77, II. — Beuthen i. O.-Schl.: Franz
Habrian, Bismarckstraße 1, F. Pauly, Hohenpöls-
straße 4, II. Breslau: Fern. Haertel, V., Friedrich-
straße 100a, II, G. Schlag, V., Gräbischenerstr. 77, II.
Glogau: Gustav Fiedler, Langestr. 88, III, P. Friebe,
Winkel 5. Grlitz: Max Deinet, Dresdenstr. 14.
May Söbner, Landestontr. 13, p. Strichberg: Rob.
Belle, Alte Herrenstr. 15, II, Karl Neumann, Promenade 5.
Liegnitz: Rob. Reich, Wilhelmstraße 11, W. Verdan,
Neue Hauptenstraße 25, II. Neiße: Emil Wändt,
Breslauerstr. 5/6. Gg. Woywod, Enzmannstr. 2 H II,
Walzenburg: G. Anders, Buchdr. Domels Erben,
Alfr. Reißler, Buchdr. Domels Erben.

Schleswig-Vollstein. Vorort Flensburg: Gausvorst.
F. Chr. Heilmann, Angelburgerstr. 44. Gausf.:
Wilhelm Schwand, Marienstraße 48, II. — Alpe-
rade: M. C. Peterfen, Sünderthor, Th. Bruhn, Fort-
allee 609. Bergedorf: A. Siegel, Bergstraße 46,
part., B. Garten, Brunnenstraße 110, I. Blankenese:
Paul Rauch, Feldstr., Karl Meyers, Dudenhuben, Schulstr.
Edernförde: Aug. Brüning, Meierbahn 127. Elm-
horn: W. Radom, Flammweg 22, II, G. Witten, Gärtner-
straße 18. Flensburg: F. Chr. Heilmann, Angelburger-
straße 44, H. S. Lassen, Vorderstr. 71. Hadersleben:
A. Eiseberg, Alleestr. 99 d, P. Stovgaard, Schloßstr. 43.
Heide: Joh. Lorenzen, Louisenstr. 21. Hudem.: Reinhard
Striepe, Brinkmannstraße 10, Karl Adamann, Süder-
straße 47. Jyehoe: Heinrich Seliger, Kapellenstr. 7,
P. Amthor, Kaiserstr. 12. Kiel: M. Prüiter, Lehm-
berg 18a, III, August Pieschel, Lehmberg 18. I. Mel-
dorf: C. Saff, Spreelstr. 5. Neumünster: Leo Werner,
Espanade 11, Fern. Mardek, Ringstr. 7. Neudor-
burg: Karl Thate, Königinstraße 6 (Buchdruckerei
Müller), Karl Helfer, Wüdeßdorf 6. Neudorf, Neue
Dorfstraße. Schleswig: L. von Hinten, Fuhmer-
baustr. 22a, F. Jacobien, Schulstraße 3.

Weitruhen. Vorort Danzig: Gausvorst. Fr.
Kagroski, Alwegg-Wasse 18a. Gausf. J. M.
Dabib, Grabengasse 9, II. — Elbing: Rud. Dautert,
Schleusenweg 16, G. Pieschelt, Sonnenstraße 29.
Graudenz: G. Siebetanz, Streibemart 20a, III,
C. Siebke, Oberbergstr. 28a, II.

Württemberg. Vorort Stuttgart: Gausvorst. Jal.
Floh, Weberstraße 96, I. Gausf. Karl Knie, Jakob-
straße 16, part. — Cannstatt: Karl Kaiser, Waiblinger-
straße 40, I. Ebingen: Karl Gaus, Jägerstr. 819.
Ellwangen: Eug. Fauter, Buchdrucker. Ellingen:
R. Weber, Olgastr. 55, II. Feuerbach: Chr. Demmler,
Solitudestraße 16. Geislingen: Karl Will, Haupt-
straße. Gmünd: F. Wenzelburger, Münderbacher-
gasse 13. Göttingen: Gust. Langer, Ziegelstraße 28, II.
Hall: Anton Koch, Bollhüterstraße 14. Heiden-
heim: Julius Brügel, Untere Vorstadt 31. Heil-
bronn: Gust. Meck, Hermannstr. 8. Kirchheim u. T.:
L. Benz, Weichstr. 1. Leutkirch: Heinr. Kunle,
Buchdrucker. Ludwigsburg: Ernst Mangold, Vogter-
straße 17b, III. Oberndorf: Karl Baumann,
Buchdrucker. Oelringen: Johannes Kinn, „Hohen-
loher Tageblatt“. Pforzheim: Fritz Schübelin, Moltke-
straße 7, Karl Dittus, Weiberberg 22a. Ravens-
burg: Karl Buchmüller, Untere breite Straße 5,
Neutlingen: Fritz Spühler, Nikolaipfatz 6. Saulgau:
F. B. Wepel, bei Sattler Binder, Eckstraße. Schram-
berg: Hermann Siegler, Zöbstraße 13. Spaichingen:
Karl Mayer, Buchdrucker. Tübingen: Christ. Kocher,
Schleifmühlweg. Trossingen: Jakob Beck, Buch-
druckerei Birk. Tuttlingen: Wend. Stoll, Ludwig-
talerstraße 6. Waiblingen a. d. Eng: Oskar Wahl,
Buchdrucker. Ulm: F. Imhof, Neu-Ulm, Jüfel 14,
F. Häußler, Wagners Druckerei am Kornhausplatz.

Verbandsvorstand in Berlin.
E. Döblin, Vorsitzender; Ad. Beyer, Hauptverwalter
G. Eisler, Kassierer. Bureau: SW 29, Chamissoplatz 5, III

Zentral-Invalidenkasse in Pign.
Berlin: E. Döblin, Vorsitzender; G. Eisler, Kassierer.
Bureau: SW 29, Chamissoplatz 5, III.

Verband der Elsaß-Lothringischen Buchdrucker.
Zentralvorstand Straßburg: Vorst. Alphonse Schmoß,
Langestraße 146. Kass. W. Friedrich, Straßburg-Neudorf,
Kolmarerstraße 13. — Kolmar: Wilhelm Schaeffer,
Zägergasse 9, II, E. Siegfried, Kolmarer Druckerei.
Metz: G. Graeber, Stationsstraße 8, L. Pignol, Hoch-
heimerstraße 8-10, Hof, I. Mülhausen: Chr. Alb.
Meyer, Sennbiermerstraße 10, Heinrich Köhler, Kupfer-
straße 24. Straßburg: E. Schrod, Polygonstr. 23a,
B. Durth, Waisengasse 5, II.